



Vermögenssteuern: Kassasturz bei Milliardären

Auf der einen Seite soll die öffentliche Hand in Krisenzeiten ihre Mittel ausschöpfen und selbst möglichst viel nachfragen – etwa durch vorgezogene Infrastruktur-Projekte – oder möglichst viel an Nachfrage erhalten – etwa durch die Subvention von Kurzarbeit via AMS. Gleichzeitig soll der Staat sich aber auch nicht stärker verschulden, verlangen die Budgetwächter; so droht die EU-Kommission Österreich mit einem (allerdings

voraussichtlich sanktionslosen) Defizitverfahren, weil die Neuverschuldung 2009 auf vermutlich über fünf Prozent des BIP steigen wird. Bei der Suche nach Finanzierungsmöglichkeiten landen manche Wirtschaftsexperten jetzt bei einer Erhöhung der Mehrwertsteuer. Andere meinen, es sei klüger, dass die Allgemeinheit sich das Geld dort holt, wo es sich in den letzten Jahrzehnten angesammelt hat.

Der Grund für das explodierende Staatsdefizit ist ein doppelter: Ausgabenseitig gilt es die beiden Konjunkturpakete zu finanzieren, die insgesamt 5,7 Mrd Euro bzw. 2 Prozent des BIP (inklusive der letzten Steuerreform) betragen und u.a. Ausgaben von 700 Mio für die Bahn, die Mittelstandsmilliarde, die Anhebung der Bausparförderung, degressive Abschreibungen, das verpflichtende Gratis-Kindergartenjahr etc. umfassen.

Lesen Sie weiter auf Seite 2 →

Gespräche mit, Kommentare von, Interviews mit ... Rudolf Dujmovits, Christian Ehetreiber, Franz Ferner, Kurt Flecker, Ulli Gladik, Erhard Glötzl, Barbara Gross, Gabriele Heinisch-Hosek, Gabriele Michalitsch, Livinus Nwoha, Wolfgang Pucher, Diethard Schliber, Margit Schratzenstaller, Werner Specht, Annette Sprung, Christian Theiss, Bettina Vollath, Franz Voves u.v.a.m.



Migrantinnen in Graz formulieren ihre Wünsche an die Politik (S. 13)



Foto: Gladik

Die Bettlerhetze geht weiter – KORSO SozialFORUM hält dagegen: Mit zwei Gastkommentaren von Pfarrer Wolfgang Pucher und der Regisseurin Ulli Gladik, die einen Film über eine behinderte Roma-Bettlerin gedreht hat. (S. 8-9)



Der neue Nationale Bildungsbericht zeigt: Schülerleistung, Schuleinstufung und Benotung haben nur bedingt miteinander zu tun, entscheidend sind die soziale Herkunft und der Bildungshintergrund der Eltern. (S. 12)



Gabriele Michalitsch und Erhard Glötzl erklären im KORSO-Gespräch, warum die Konzentration von Vermögen in den Händen einiger weniger fatal für unser Wirtschafts- und Gesellschaftssystem ist – und welche Auswege uns noch offenstehen (S. 4-5)



Das neue Magazin des Grazer Menschenrechts-Netzwerkes (S. 15)

Einnahmenseitig sinken die Steuereinnahmen wegen der Krise; insgesamt sind sie im ersten Halbjahr um rund 1,6 Mrd Euro zurückgegangen, ein Drittel des Entfalls tragen Länder und Gemeinden, die damit ebenfalls finanziell noch stärker unter Druck kommen.

Wer beschäftigt die Eingesparten? Kein Wunder, dass sich echte und selbst ernannte Experten nun auf die Suche nach Einsparungsmöglichkeiten und neuen Einnahmequellen für das Budget machen. Die Koalitionsregierung will bis 2013 drei Milliarden Euro in der Verwaltung einsparen; Rechnungshof-Präsident Josef Moser hält eine Milliarde für möglich. Bis auf die Abschaffung tatsächlich überholter bürokratischer Auswüchse wie der viergliedrigen Schulverwaltung handelt es sich dabei aber um Forderungen nach Umschichtungen – etwa im Gesundheitsbereich von den Spitälern zum Pflegesektor – oder um schlichte Kürzungen im Sozialbereich – z.B. von Beamtenpensionen. Echte Einsparungen in der Verwaltung – auch dort, wo sie sinnvoll sein könnten – kämen jetzt wohl auch zur falschen Zeit; die Privatwirtschaft wäre angesichts steigender Arbeitslosenzahlen gar nicht in der Lage, zusätzliches Potenzial an Arbeitskräften aufzunehmen.

chologischen Gründen für wenig sinnvoll, mitten in der Krise mit Steuervorschlägen vorzupreschen; zum Zweiten dürfen jetzt nur Konsolidierungswege besprochen werden, die wachstumsfördernd sind – eine Mehrwertsteuererhöhung wirkt aber wachstumsdämpfend. Worüber man allerdings auch jetzt schon sprechen kann, ist eine Finanztransaktionssteuer, die ja auch von allen österreichischen Parteien befürwortet wird, mit ihr könnte man z.B. den EU-Haushalt zumindest teilweise finanzieren. Ein positiver Nebeneffekt davon wäre, dass die Streitereien um die EU-Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten ein Ende fänden. „Jetzt gelte es alle Kräfte auf die Bewältigung der Krise zu konzentrieren. Schratzenstaller: „Aber auch danach ist wohl eine Mehrwertsteuererhöhung wegen ihrer schon erwähnten wachstumsdämpfenden Konsequenzen keinesfalls das Mittel der Wahl.“ Wenn man schon über Steuern spreche, sei ein Mix aus Energie-, Umwelt- und Vermögenssteuern sicherlich sinnvoller. Und: Eine Mehrwertsteuererhöhung von einem Prozentpunkt brächte laut Berechnungen des WIFO nicht mehr als 900 Mio Euro zusätzlich in die Staatskasse. Ähnliche Positionen vertritt Dr. **Rudolf Dujmovits**, Assistenzprofessor am Institut für Finanzwissenschaft

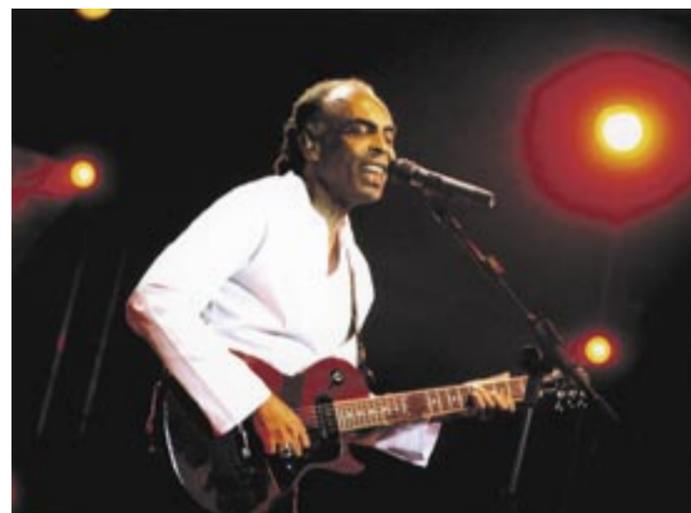
Milliardäre dürfen Milliardäre bleiben – trotz Vermögenssteuer. Die Forderung nach einer Wiedereinführung der Vermögensbesteuerung – die es ja in Österreich schon gab, die aber 1994 im Zuge der Durchsetzung neoliberalen Gedankengutes abgeschafft wurde – gewinnt derzeit angesichts der zunehmenden Schiefelage des Steuersystems wieder Anhänger: Die vermögensbezogenen Steuern erreichten in Österreich noch vor der Abschaffung der Erbschafts- und der Schenkungssteuer eine Gesamthöhe von 1,3 Mrd Euro – 1% der gesamten Abgabeneinnahmen. Im Durchschnitt der alten EU-Staaten sind es 5% – so viel zur Befürchtung, die Kapitaleigner würden sich mit ihren angehäuften Kapitalien flugs in andere Länder verschüsseln, höbe Österreich wieder eine Steuer darauf ein. Was die Höhe der Mittel betrifft, die der öffentlichen Hand zukommen könnten, seien im Folgenden ein paar Zahlenspielerien erlaubt: Nach Angaben des sehr konservativ berechneten Vermögensreports des Liechtensteiner Investmenthauses Valluga hielten 2008 die vier österreichischen Euro-Milliardäre gemeinsam 12,2 Mrd Euro an reinem Finanzvermögen; 2006 waren es erst 11,6 Mrd gewesen. Andere Berechnungsmethoden – wie etwa jene des Magazins „trend“ – gehen von bis zu 25 Milliarden aus.

KORSO Sozialforum Aviso

9. Juli: Gilberto Gil beim JAZZ SOMMER GRAZ 2009

Der bekannteste Vertreter der „Musi-ca Popular Brasileira“ Gilberto Gil, der 2003 bis Juli 2008 Kulturminister Brasiliens war, wird am 9. Juli um 20.00 Uhr

auf den Grazer Kasematten den JAZZ SOMMER GRAZ 2009 eröffnen. Infos und Programm: www.jazzsommergraz.at, Tickets: 01/96096



Lernquadrat: Sommer-Intensivkurse. Jetzt für die Sommer-Intensivkurse anmelden. 5 Tage je drei Unterrichtsstunden. Ganz in der Nähe. www.lernquadrat.at

die Steiermark. 21.04 bis 24.00 Uhr: Harmoncourt dirigiert „Porgy and Bess“; „ORF Steiermark Klangwolke“

13. Juli „ORF Steiermark Klangwolke“: 19.04 bis 21.00 Uhr: Sondersendung zur „ORF Steiermark Klangwolke“ auf Ra-

22. Juli bis 23. August: SERENATA. Abendmusik unter freiem Himmel. Joanneumhof, Sackstraße 17, 8010 Graz, Infos und Tickets: www.serenata.at

FGZ: PatientInnen haben Recht(e)

Seit Jänner 2008 veranstaltet das Grazer Frauengesundheitszentrum österreichweit Kompetenztrainings unter dem Titel „Wissen macht stark und gesund“. An zweimal drei Tagen werden PatientInnen sowie KonsumentInnen im Gesundheitsbereich geschult, um sich im Informationsdschungel rund um Broschüren und Werbungen der Pharmaindustrie zurechtzufinden.

an die kritische Bewertung der gefundenen Information mit Hilfe von Checklisten. Die Ergebnisse helfen zu entscheiden: Nehme ich das Medikament? Mache ich die Therapie oder gibt es noch alternative Möglichkeiten?

Suchen und finden. Oft scheitert die Suche nach Information zu einem Gesundheitsthema, weil es zu viele Antworten gibt. Die Referentin der „Wissen macht stark und gesund“-Kompetenztrainings unterstützt die TeilnehmerInnen dabei, konkrete Fragen zu formulieren.

Die Veranstaltung inklusive der Fortbildungsunterlagen ist aufgrund der Förderung durch das Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz kostenfrei. Die nächsten Fortbildungen finden im Herbst in Graz, Innsbruck und Linz statt.

Bewerten und handeln. In einem nächsten Schritt geht es für die TeilnehmerInnen

Information und Anmeldung: Mag.a (FH) Katharina Ebner, katharina.ebner@fgz.co.at Anmeldeformular und Folder: www.fgz.co.at



Spaß-Demo in Frankreich, veranstaltet vom Kollektiv „Sauvons les riches“ – „Retten wir die Reichen“

Massensteuern erhöhen? Der andere Weg, die Schulden nicht explodieren zu lassen, ist jener über neue Einnahmen. Dr. **Bernhard Felderer**, der Chef des Instituts für Höhere Studien, hat öffentlich in der Presse über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer spekuliert – jener Massensteuer, der niemand entkommt, sofern er sich nicht gerade ausschließlich von den Früchten des eigenen Ackers und Gartens ernährt. Er steht damit nicht allein: Der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, **Klaus F. Zimmermann**, hat vorgeschlagen, die (deutsche) Mehrwertsteuer von derzeit 19 auf 25% zu erhöhen. Das Besondere an der Mehrwertsteuer: Sie belastet Niedrigverdiener verhältnismäßig stärker, weil diese nahezu ihr gesamtes Einkommen in den Konsum stecken müssen.

der Karl-Franzens-Universität Graz: „Natürlich muss man die wachsende Verschuldung und vor allem die daraus resultierenden steigenden Zinszahlungen im Auge behalten. Die Schäden, die eine Erhöhung der Mehrwertsteuer verursachen würden, wären allerdings noch viel höher: Schließlich wird die Wirtschaft derzeit in der Hauptsache von der Inlandsnachfrage gestützt, da wäre es fahrlässig Maßnahmen zu setzen, die den Inlandskonsum beeinträchtigen.“ Die Forderung nach ausgabenseitigen Einsparungen durch eine Verwaltungsreform hält der Finanzwissenschaftler für eher propagandistisch: „Diejenigen, die dauernd nach einer Verwaltungsreform rufen, sollen doch endlich sagen, wo genau sie einsparen wollen und wie hoch die Ersparnis ist, die dadurch zu erzielen wäre. Dann wird man auch schnell draufkommen, dass das meiste davon politische Schaumschlagerei ist.“ Für sinnvoller hält Dujmovits „gewisse Formen der Vermögensbesteuerung“, denn: „Wenn man Vermögen etwas wegnimmt, reduziert sich das Sparen und nicht der Konsum.“

Allein das Finanzvermögen des reichsten Österreicher, **Karl Wlaschek**, mit einem einmaligen Solidaritätsbeitrag von 5% zu besteuern, wie ihn etwa der deutsche „Linke“- und Ex-SPD-Chef **Oskar Lafontaine** fordert, würde 210 Mio Euro einbringen – mit dem positiven Nebeneffekt, dass dieser Teil seines in einer Stiftung geparkten Vermögens nicht mehr für Immobilien- und sonstige Spekulationen zur Verfügung stünde. Die vier Millardäre zusammen kämen auf über 600 Mio Solidaritätsbeitrag – damit könnte z.B. auf einen Schlag das Defizit der Krankenkassen ausgeglichen werden. Und dennoch blieben ihnen 95% ihres Vermögens, sie könnten sich weiterhin mit dem Titel ‚Milliardär‘ schmücken ... und: Der kleine Beitrag für's Gemeinwohl bliebe wesentlich unter dem Betrag, den die Superreichen der Superreichen zwischen 2007 und 2008 aufgrund der Finanzkrise verloren haben, als ihr Vermögen, das zwischen 2006 und 2007 von 11,6 auf 14,7 Mrd angewachsen war, wieder auf die oben genannten 12,2 Mrd abschnolzte.

auch diesen wäre wohl ein derartiger einmaliger Solidaritätsbeitrag zuzumuten – die insgesamt 185 Mrd Euro an Finanzvermögen halten, würden insgesamt 9,25 Mrd. an Solidaritätsbeitrag zu berappen haben. Das ist das ca. das Zehnfache dessen, was die Erhöhung der Mehrwertsteuer um einen Prozentpunkt in einem Jahr einbringt. Oder, anders und nachhaltiger gerechnet: Besteuerte man bloß Millionäre mit einem Vermögenssteuersatz von durchschnittlich 2%, dann entspräche das jährliche Aufkommen von 3,7 Mrd Euro in etwa jenem, das der Staat aus einer Erhöhung des Mehrwertsteuersatzes von 20 auf 24% lukrieren könnte. Offenbar ist die Aussage von IHS-Felderer, „eine Vermögenssteuer bringe so wenig, dass ihr nur eine marginale Rolle zukomme“, eher leichtfertig dahingesagte Propaganda als ernst gemeinte Expertise.

Mio Euro soll der „Spitzen“steuersatz von 1,45% greifen. Das Gesamtaufkommen der Steuer würde dann bei 1,5 Mrd jährlich liegen, hat die GPA errechnet, die sich zusätzlich eine höhere Besteuerung von Kapitalerträgen aus Stiftungen, eine Steuer auf Vermögenszuwächse und eine Ausdehnung der Spekulationsfrist für Immobilien wünscht. In Summe sollten diese Maßnahmen vier bis fünf Milliarden jährlich einbringen. Folgt man dem Vorschlag von AT-TAC, dann brächte ein Steuersatz von durchschnittlich bloß 1% auf die Vermögen der reichsten 10% sechs bis sieben Milliarden Euro, wesentlich mehr als eine Mehrwertsteuererhöhung von 6%.

Die milde Variante einer Vermögenssteuer, wie sie etwa von LH **Franz Voves** oder der Gewerkschaft der Privatangestellten vorgeschlagen wurde, setzt zwar schon bei 500.000 Euro ein; die GPA schlägt aber einen Eingangsteuersatz von nur 0,25% vor; erst ab 2

Die Anlage-Experten von Valluga rechnen übrigens damit, dass das Vermögen der österreichischen Millionäre in den nächsten Jahren mit einer jährlichen Steigerungsrate von 10% wachsen wird: Damit wäre auch die Steuerbasis auf lange Zeit gesichert.

LH-Stv. Kurt Flecker: „Man muss auch in Zeiten wie diesen für absolute Notwendigkeiten vorsorgen“

Der steirische Soziallandesrat LH-Stv. Dr. Kurt Flecker verlangt seit langem eine gerechtere Neuordnung der Fiskalpolitik – unter anderem in Hinblick auf die Finanzierbarkeit der Pflegeaufgaben der öffentlichen Hand. KORSO-Herausgeber Christian Stenner bat Flecker zum Gespräch und um eine Begründung seiner Vorschläge.

„Es ist zu befürchten, dass die Krise in eine Umverteilungsaktion zu Lasten der Allgemeinheit und zu Gunsten einer sehr kleinen Minderheit mündet“, sagt die Wiener Ökonomin Gabriele Michalitsch. Und tatsächlich: IHS-Chef Bernhard Felderer hat zur Reduzierung des Staatsdefizits bereits eine Erhöhung der Mehrwertsteuer gefordert, welche die BezieherInnen kleiner Einkommen, die einen Großteil ihrer finanziellen Mittel für den Konsum verwenden müssen, besonders treffen würde.

Wie zu erwarten war, kommen jetzt die aus der Deckung, die einerseits richtig erkannt haben, dass wir ohne neue Einnahmen nicht über die Runden kommen, aber andererseits diejenigen mit einer solchen Massensteuer schützen wollen, die sonst durch eine Vermögenssteuer, Vermögenszuwachssteuer oder ähnliche Maßnahmen zur Kasse gebeten würden. Die Erhöhung einer Massensteuer halte ich für falsch, weil sie die Nachfrage dämpft und die Einkommenschwachen besonders trifft. Was ich mir hingegen schon vorstellen könnte, ist, zusätzlich zur Vermögenssteuer und zur Vermögenszuwachssteuer unter Umständen wieder eine Luxussteuer einzuführen, die auf echte Luxusgüter wie Pelzmäntel oder Yachten draufgeschlagen wird.

Gegen Vermögenszuwachssteuern hat Wirtschaftsminister Mitterlehner kürzlich eingewandt, es gebe derzeit

ohnehin keine Vermögenszuwächse, damit würden Einnahmen aus dieser Steuer entfallen.

(Lacht) Naja, er macht sich Sorgen, dass wir mit einer Vermögenszuwachsbesteuerung zu wenig Einnahmen haben ... Zum Ersten, Vermögenszuwächse gibt es auch weiterhin, also können wir sie besteuern; zu einem geringen Teil passiert das ja schon über die KESt, die einzige österreichische Steuer, die Vermögenszuwächse besteuert. Zum Zweiten: Auch Vermögensbestände und nicht nur -zuwächse können unter Steuer gestellt werden. Wenn jemand eine Fünfmillionenvilla auf ein paar Hektar Grundstück stehen hat, dann sehe ich dort schon die Möglichkeit, auch die Substanz zu besteuern. Da geht es um reiche Leute, die sich das leisten können; und das ist auch moralisch. Ich halte Argument wie jenes des Wirtschaftsminister für Scheinargumente; es ist nun einmal so, dass die Mächtigen – und die sind ja meistens ident mit den Reichen – ihre Lobby haben, die sie hofiert und davor schützt, dass sie von dem, was sie zu viel besitzen, etwas hergeben müssten.

Das gilt auch für die Steuerprivilegien von Stiftungen ...

Ja. Ich meine, dass keine Möglichkeiten erhalten bleiben dürfen, vor der Besteuerung in solche Modelle zu fliehen – und auch nicht die Möglichkeit, einen vorgeblich hehren Zweck dazu zu nutzen, Vermögen steuer-schonend zu parken.

Die einzige Steuer, über die zwischen den österreichischen Parteien Einigung erzielt wurde, nämlich eine Finanztransaktionssteuer, würde ja in der Tat nur auf europäischer Ebene wirkungsvoll sein. Zu ihrer Einführung müsste aber irgendjemand die Initiative ergreifen – zum Beispiel

die Sozialdemokratie.

Ich fürchte, dass sich die beiden Großparteien genau deshalb auf diese Steuer geeinigt haben, weil wir sie in Österreich ohnehin nicht umsetzen können und man sich folglich auf die EU ausreden kann. Natürlich sollte die sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament einen solchen Vorstoß machen, den der Rat dann beschließen müsste. Das wäre endlich einmal etwas, wo man sieht: Da wird Politik gemacht. Ob eine solche Initiative geplant ist, weiß ich derzeit nicht – jedenfalls sind die Österreicher mit diesem Versprechen nach Straßburg gegangen. Natürlich könnte es auch sein, dass bestimmte Länder diese gemeinsame Initiative boykottieren – es wäre aber ein ganz wichtiges Zeichen, wenn sich eine Fraktion wahrnehmbar und länderübergreifend für ein solches politisches Ziel einsetzt.

Die Weiterführung wichtiger Aufgaben der öffentlichen Hand ist ohne zusätzliche Steuereinnahmen kaum denkbar. An erster Stelle ist hier die Pflege zu nennen. Minister Hundstorfer hat bei seinem jüngsten Graz-Besuch angekündigt, das Problem durch einen Pflegefonds lösen zu wollen. Wenn es aber keine zusätzlichen Mittel gibt, wie soll dann der Pflegefonds alimentiert werden?

Der Sozialminister weiß das auch, nehme ich an, und ich gehe davon aus, dass er sich beim Budget nicht über den Tisch ziehen lässt; auch der Bundeskanzler sollte da sehr aufpassen – denn man darf in Zeiten wie diesen nicht darauf verzichten, für absolute Notwendigkeiten vorzusorgen. Der Pflegefonds braucht eine Dotierung, und diese Dotierung kann nur über eine Steuerbindung passieren. Nachdem ich mir nicht vorstellen kann, dass wir eine Zweckbindung bestehender Steuern dafür vorsehen, kann er meines Erachtens

nur über eine neue Steuer oder eine Erhöhung bestehender Steuern dotiert werden.

Sie haben einmal den Vorschlag gemacht, eine neu einzuführende Ver-

den noch fehlenden Mittelbedarf fest; nur dieser müsste dann noch über eine neue Steuer abgedeckt werden. Gemeinsame Standards zu finden sollte nicht so schwer sein, man braucht z.B. Tagsätze, die ös-



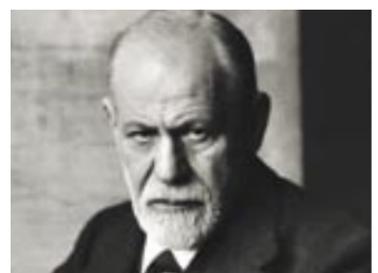
LH-Stv. Kurt Flecker: „Die Erhöhung einer Massensteuer halte ich für falsch“

mögenszuwachssteuer für die Absicherung der Pflege zu verwenden. Ich kann mir vorstellen, dass der Pflegefonds folgendermaßen aussieht: Die Länder und Gemeinden erklären sich bereit, ihre Pflegeausgaben – aber gedeckelt mit dem Rechnungshofschluss 2007 – in den Pflegefonds einzuspeisen; sie fixieren gemeinsam einheitliche Pflegestandards, Heimtarife, eine Personalschlüsselverordnung und all das und stellen dann

terreichweit gelten; beim Pflegegeld gibt es die Harmonisierung ohnehin schon. Wobei ich mir auch vorstellen kann, dass wir die vorhandenen Pflegegelder ab der Pflegestufe vier mit in den Fonds einspeisen und dem oder der Pflegebedürftigen die Pflegeleistung und Betreuung statt des Geldes zur Verfügung stellen, egal ob im stationären oder mobilen Bereich. Nur fürchte ich, dass dieser Vorschlag derzeit nicht mehrheitsfähig ist.

Tagung des Grazer Arbeitskreises für Psychoanalyse

Zur Tagung mit dem Titel „Vergessen wir nicht – die Psychoanalyse! Un/organisierte Bewegungen des Erinnerens“ lädt der Grazer Arbeitskreis für Psychoanalyse am 13. und 14. November dieses Jahres. Dabei setzt die Tagung zu einer Doppelbewegung an, in deren Zentrum das Organisieren steht: das Organisieren des Erinnerens zum einen, das Organisieren des psychoanalytischen Denkens zum anderen. Zu den Vortragenden zählen namhafte nationale wie internationale Wissenschaftler, darunter Klaus Theweleit von der Universität Freiburg im Breisgau oder Universitätsprofessor Gerhard Benetka, Professor an der Sigmund Freud Privatuniversität Wien. Tagungsort ist der große Minoritensaal in Graz (Mariahilferplatz 3, 8020 Graz), das Tagungssekretariat, das Anmeldungen entgegennimmt, kann unter 0660 30 40 500 erreicht werden.



Altern & soziale Gerechtigkeit

Das Ergebnis eines Jahres Studienarbeit des Dr.-Karl-Kummer-Institutes für Sozialreform, Sozial- und Wirtschaftspolitik der ÖVP Steiermark zum Thema „Alter und soziale Gerechtigkeit“ liegt nun in Buchform vor. Im Zentrum der Publikation stehen – wie es der ehemalige Nationalratspräsident Andreas Khol in seinem Beitrag formuliert – Teilhabe und echte Mitgestaltung aller Lebensalter. Schwerpunktthemen werden in vier Abschnitten analysiert: „Die alternde Gesellschaft als Herausforderung“; „Ältere Menschen in der Arbeitswelt“; „Auswirkungen der Bevölkerungsentwicklung auf die Pensionssysteme“ und „Versorgung älterer Menschen mit Gesundheits-, Pflege- und Betreuungsdienstleistungen“. Die Beiträge stammen von hochrangigen ExpertInnen aus Wissenschaft, Interessensvertretungen und Politik, wobei durchaus divergierende Meinungen zu Wort kommen; so unterstreicht etwa die SP-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas in ihrem Beitrag, dass die Finanzierbarkeit der Pensionen nach dem Umlageverfahren einzig davon abhängt, wie viel vom (bis vor kurzem noch wachsenden) produzierten Reichtum den PensionistInnen zugebilligt wird, während GRAWE-Chef Othmar Ederer bessere staatliche Förderung der privat veranlagten Pensionen nach dem Kapitaldeckungsverfahren verlangt. Beatrix Karl und Klaus Poier (Hrsg.): Alter und soziale Gerechtigkeit. Graz: Leykam 2009 (=Schriftenreihe des Dr.-Karl-Kummer-Institutes.6), 272 Seiten.

SPÖ-„Helpline“: 900 Beratungen in sechs Monaten

Seit einem halben Jahr betreibt die SPÖ Steiermark ihre „Helpline“; in diesem Zeitraum haben 900 Menschen diese kostenlose Serviceeinrichtung in Anspruch genommen, berichtet SP-Landesgeschäftsführer Toni Vukan. Inhaltlich drehten sich die Anfragen vor allem um Arbeit und Arbeitsmarktservice, Pensionen, Pflegefragen, aber auch die Politik der SPÖ. „Eines der zentralen Themen ist die Verschuldung der privaten Haushalte“, sagt Helpline-Koordinatorin Mag. Doris Klammer. 90% der Anfragen konnten im Sinne der AnruferInnen gelöst werden, nicht zuletzt dank des Netzwerkes, auf welche das Helpline-Team zurückgreifen kann – von den Bezirksorganisationen über die Regierungsbüros, die Nationalrats- und Landtagsabgeordneten bis hin zu einschlägigen Beratungsorganisationen und -institutionen. Darüber hinaus werden auch Telefonsprechstunden mit ExpertInnen organisiert – im Juli wird dies etwa PatientInnen-Obfrau Renate Skledar sein. Die Helpline soll aber nicht nur beratend und unterstützend nach außen wirken, sagt Vukan: „Damit wird auch den Partei-MitarbeiterInnen besser präsent, welche Sorgen die Menschen wirklich haben und wo sozialdemokratische Politik ansetzen muss.“ Erreichbar ist die „Helpline“ unter der kostenlosen Telefonnummer 0800 211 112.

Barrierefreie Gemeinden

Der Weiße Saal in der Grazer Burg ist barrierefrei erreichbar und eignet sich daher hervorragend dafür, 28 steirischen Gemeinden und der Salzburger Gemeinde Werfenweng auf ihrem Weg in eine barrierefreie Zukunft alles Gute zu wünschen. Landeshauptmann Franz Voves und Landeshauptmann-Stv. Hermann Schützenhöfer überreichten Partnerurkunden, lobten die Initiative und dankten LAbg. a.D. Annemarie Wicher für deren langjähriges Engagement für Barrierefreiheit. Das vom gemeinnützigen steirischen Verein Atempo entwickelte Capito-Eigendokumentations-System (CEDOS) hilft Gemeinden fachlich fundiert bei der praktischen Umsetzung vor Ort. So genannte Toolboxes bieten Hintergrundinformationen über Gesetze und Richtlinien, man kann damit in Eigenregie Internetseiten sowie auch das gemeindeeigene Kultur- und Gesundheitssystem auf Barrierefreiheit überprüfen. „Barrierefreiheit ermöglicht Lebensfreude, Aktivität und Freiheit“, so Walburga Fröhlich, Geschäftsführerin von Atempo. Infos: www.cedos.at; Tel. 0699/13501450



Integrative Erwachsenenbildung

Menschen mit Lernschwierigkeiten und/oder Behinderungen waren lange Zeit vom öffentlichen Bildungssystem gänzlich ausgeschlossen. Mittlerweile ist integrative Bildung in den Pflichtschulen gesetzlich verankert. Anders verhält es sich derzeit jedoch noch im Bereich der Erwachsenenbildung. „Die alpha nova Akademie stellt sich seit Jahren dieser Herausforderung und versucht Angebote bestehender Bildungseinrichtungen für einen integrativen Unterricht zu öffnen und stößt dabei auch auf eine immer größer werdende Bereitschaft von Seiten der AnbieterInnen“, so Caroline Knüpper und Margit Schmidbauer. Um ReferentInnen im integrativen Vortrag bzw. Unterricht zu unterstützen hat die alpha nova Akademie das Angebot „Integrative Erwachsenenbildung – Anregungen für die Umsetzung“ entwickelt um das nötige Know-how für die Praxis zu vermitteln und eventuelle Berührungängste ab zu bauen. Mehr Information zu diesem Angebot und vielen anderen Angeboten finden Sie im neuen Programmheft „Bildungsangebote Herbst/Winter 2009“, zu bestellen unter 03135/56 382-16. www.akademie.alphanova.at

„Das System lässt sich nur stabilisieren,

Gabriele Michalitsch: „Die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind Privatisierungspolitik und Vermögenskonzentration“

Obwohl Österreich innerhalb der EU Schlusslicht bei den vermögensbezogenen Steuern ist, obwohl die Lohnquote seit 1978 unablässig sinkt und die Kapitaleinkünfte ebenso unablässig steigen, ist es faktisch unmöglich, Steuergerechtigkeit durchzusetzen. Die aktuelle Diskussion über Vermögenssteuern ähnelt jener über die „Sparbüchlersteuer“ in den 80ern: Damals war es die alte Oma, die ein paar Schilling zur Seite gelegt hatte, heute ist es der „kleine Häusbauer“, der vorgeschoben wird, um die Vermögenden davor zu schützen, einen gerechten Beitrag zum Allgemeinwohl zu leisten.

Ja, die Gegner einer Vermögensbesteuerung stützen sich auf vier Strategien: Einerseits werden permanent vermögensbezogene Steuern, Vermögenssteuern, Einkommen, Spekulationssteuern usw. durcheinander gemischt. Zum Zweiten wird eine Interessensidentität hergestellt, die in Wirklichkeit nicht gegeben ist, als wären von vermögensbezogenen Steuern die kleinen Einkommen oder die kleinen VermögensbesitzerInnen oder die Häusbauer betroffen. Die dritte Strategie besteht darin, vor allem im medialen Diskurs die Reichen als „sogenannte“ Reiche zu bezeichnen, als „angeblich Reiche“, gerade so, als ob Reichtum gar nicht existiere oder es gar keine Reichen gäbe und die ganze Debatte daher



Gabriele Michalitsch: „Es ist zu befürchten, dass die Krise in eine Umverteilungsaktion zu Lasten der Allgemeinheit und zu Gunsten einer sehr kleinen Minderheit mündet“

überflüssig und ungerechtfertigt sei. Und die vierte Strategie besteht darin, dass Reichtum völlig losgelöst von Armut gesehen und die Tatsache ausgeblendet wird, dass zwischen diesen beiden Phänomenen ein Systemzusammenhang besteht.

Es gibt aber noch eine weitere Strategie, nämlich jene, die Angst erzeugen will: Bei der Wiedereinführung vermögensbezogener Steuern drohe Kapitalflucht, die Konkurrenzfähigkeit werde untergraben ...

... und solche Steuern seien leistungsfeindlich und wettbewerbsverzerrend ... Ökonomisch gesehen sind vermögensbezogene Steuern aber in Wirklichkeit jene, die am wenigsten den Wettbewerb verzerren. Und sie beeinträchtigen die private Konsumnachfrage nicht.

Vor allem aber sind Vermögenssteuern ein kleiner Schritt in Richtung mehr Verteilungsgerechtigkeit, damit in Richtung einer Inklusion breiterer Schichten in die Gesellschaft und in eine wissensbasierte Ökonomie – und damit wiederum in Richtung auf eine Verbreiterung des ökonomischen Potenzials.

Neben dem Gerechtigkeitsargument gibt es allerdings auch noch jenes, dass mit Vermögenssteuern die seit drei Jahrzehnten währende Umverteilung nach oben eingedämmt werden kann, die viele Ökonomen als einen ganz zentralen Grund für die aktuelle Überproduktions- und Finanzkrise betrachten ...

Ja, das sehe ich genauso. Die tieferen Ursachen der gegenwärtigen Wirtschaftskrise sind Privatisierungspolitik und Vermögenskonzentration. Das hat zur Explosion der Finanzmärkte ganz, ganz wesentlich beigetragen und damit letztlich die aktuellen Krisenerscheinungen provoziert. Die Niedrigzinspolitik und expansive Geldpolitik der USA, die Ausweitung der Konsumkredite, die von vielen jetzt als Grund für die Krise genannt werden, waren nur Auslöser und eben nicht Ursache. Das wird in der Debatte oft vermischt.

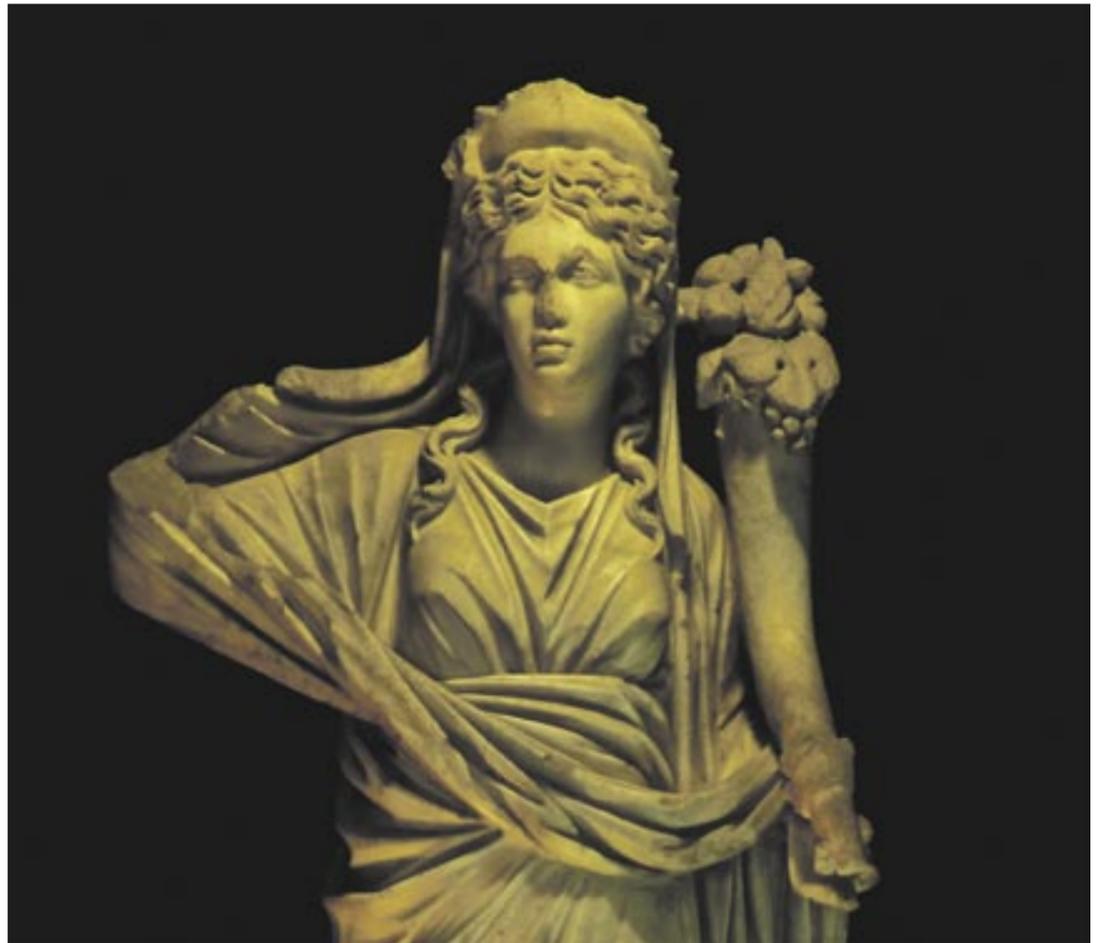
Die Vermutung liegt nahe, dass die billigen Kredite in ursächlichem Zusammenhang mit der fallenden Lohnquote standen: Nachdem den ArbeitnehmerInnen ihr Anteil an den Produktivitätsgewinnen über drei Jahrzehnte vorenthalten wurde, war es notwendig, die Nachfrage mit Hilfe der Ausweitung der Kredite zu kompensieren.

Das US-amerikanische Wachstumsmodell beruhte in hohem Maß auf privater Verschuldung. Diese hat dann zu dieser Subprime-Crisis geführt, die dann bekanntlich letzten Endes die aktuelle Krise ausgelöst hat. Aber dahinter stand eben die große Akkumulation von Finanzvermögen und die Ungleichheit der Verteilung. Daher wäre es in einer mittel- bis längerfristigen Perspektive ökonomisch sehr, sehr wichtig, das gesamte System zu stabilisieren; das geht aber nur, wenn die Ungleichheit wieder verringert wird. Schließlich ist letztlich nichts teurer als eine Krise, wie wir sie jetzt haben; ich denke, das ist ein so wesentliches Argument, dass darüber nicht hinweggegangen werden kann.

Für diejenigen, die sie verursacht haben, scheint sie gar nicht so teuer zu werden, die Aktienkurse steigen wieder, von Seiten der Staaten wurde neues Spielgeld zur Verfügung gestellt... liegt darin nicht schon der Keim des nächsten Einbruchs?

Ich denke, das wird wesentlich davon abhängen, welche Regulationsform der Finanzmärkte man jetzt findet und auch davon, wie man die Ökonomie weiterentwickelt. Wenn die Organisation der Ökonomie sich nicht ändert, dann, fürchte ich, ist die aktuelle Erholung nur eine Etappe auf dem Weg in die nächste große Krise. Das bestehende Ökonomiemodell ist sozial und ökologisch problematisch. Die Frage ist: Was ist Wohlstand, brauchen wir tatsächlich mehr an Güterproduktion als bisher oder müssen wir nicht Umweltfaktoren und soziale Beziehungen viel stärker in Rechnung stellen? Letzten Endes geht es um die Frage, welche

Gesellschaft wir wollen. Große soziale Ungleichheit ist ja nicht nur ein ökonomisches Problem, sie kann auch in eine massive politische Krise führen. Wir sehen ja, dass damit das bestehende demokratische System auch zunehmend in Frage gestellt wird, dass damit autoritäre



Wer ohnehin schon reich ist, dem schenkt Fortuna auch noch geringe Steuerbelastung.

Bewegungen an Einfluss gewinnen und eine Vergangenheit aufzuleben droht, von der wir dachten, dass sie wirklich vergangen ist.

Haben Sie den Eindruck, dass die bisher auf internationaler Ebene besprochenen Maßnahmen zur Regulierung der Finanzmärkte über vage Absichtserklärungen hinausgehen?
Nein, das ist das große Problem, es gab rund um den G20-Gipfel zwar Bekenntnisse, die ein wenig optimistisch gestimmt haben, aber ich sehe keine Ergebnisse. Es ist also zu befürchten, dass die Krise in eine Umverteilungsaktion zu Lasten der Allgemeinheit und zu Gunsten einer sehr kleinen Minderheit mündet.

In den dreißiger Jahren war es so, dass sich letztendlich die Profiteure dieser Umverteilung zur Aufrechterhaltung ihrer Herrschaft auf die rechtsextremen Bewegungen stützten, die ihre Stärke aus der mit der Krise einhergehenden Spaltung der Gesellschaft bezogen ... meinen Sie, das jetzt Ähnliches droht?

Ja, das fürchte ich ehrlich gesagt – und ich sehe auch Anzeichen dafür. In der österreichischen Politik ist eine klare Abgrenzung insbesondere des bürgerlichen Lagers gegenüber den rechtsextremen Parteien und Gruppen nicht sichtbar. Die Infragestellung des antifaschistischen Grundkonsenses bleibt ohne weitere Sanktionen, man hat ja z.B. auch gewusst, wen man in das Amt des dritten Nationalratspräsidenten wählt.

Umverteilung: Das Wort beschreibt einerseits einen seit drei Jahrzehnten währenden Zustand, nämlich die seit den späten Siebziger währende Verschiebung nahezu aller Produktivitätsgewinne zu den Kapitaleinkünften, die nach dem Wunsch der GewinnerInnen dieser Konstellation weiter fortgeführt werden soll – z.B. durch eine Mehrwertsteuer-Erhöhung.

Umverteilung von oben nach unten – wie sie etwa durch Vermögenssteuern erreicht werden könnte – ist hingegen

Die österreichische Politik versäumt seit langen Jahren – und da nehme ich die Sozialdemokratie nicht aus – nicht nur eine klare Abgrenzung gegenüber dem Rechtsextremismus, man versteht Politik offenbar immer mehr als Nachlaufen hinter einer emotionalen, hetzerischen Grundströmung statt als Gestaltung.

Umgekehrt gefragt: Wo sind denn die politischen und gesellschaftlichen Kräfte, die der Fortführung des neoliberalen Kurses einen Riegel vorschleichen könnten; die Gewerkschaften schweigen beredt.

Meine Wahrnehmung ist, dass die Gewerkschaft versucht, an sozialpartnerschaftlichen Verhältnissen festzuhalten und quasi den Kompromiss bereits als Forderung in die Verhandlungen trägt, während von der anderen Seite die sozialpartnerschaftlichen Institutionen mehr und mehr aufgekündigt werden. Wir sehen das ja auch nicht zuletzt am Verhalten der Industriellenvereinigung und der Raiffeisenbank gegenüber dem Wirtschaftsforschungsinstitut, dem sie wegen des Eintretens einiger MitarbeiterInnen für eine Vermögensbesteuerung jetzt die Subventionen gestrichen haben. Dass damit überhaupt Druck ausgeübt werden kann, hat natürlich andere Gründe, nämlich die zunehmende Privatisierung von Wissenschaft und Forschung unter dem Dogma der Effizienzsteigerung und des Wettbewerbes. Universitätsinstitute, aber auch die außeruniversi-

sitäre Forschung geraten damit in Abhängigkeit von privaten Geldgebern, von Drittmitteln, von Auftragsforschung. Das ist immer auch mit dem Versuch verbunden, die Ergebnisse von wissenschaftlich produziertem Wissen zu beeinflussen – mit äußerst gefährlichen Folgen für die Demokratie.

Was die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie betrifft, so haben sie erst mit ihrer unglücklichen Reaktion auf die Wende 1989 den damaligen Triumph des Marktes zu einem dauerhaften Sieg werden lassen. Statt bei gleichzeitiger Abgrenzung zum untergegangenen Staatssozialismus weiterhin ihr Programm offensiv zu vertreten, haben sie sich von der neoliberalen Welle nicht nur überrollen lassen, sondern sind zum Teil deren federführende Akteure geworden. 20 Jahre später bezahlen sie jetzt die Rechnung dafür, weil sie mit dieser Politik ihre Legitimation gerade bei jenen Bevölkerungsgruppen verloren haben, die sie traditionell gewählt haben.

Mag. Dr.ⁱⁿ Gabriele Michalitsch ist graduierte Politikwissenschaftlerin und Ökonomin und Mitarbeiterin am Institut für Institutionelle und Heterodoxe Ökonomie der Wirtschaftsuniversität Wien; ihre Forschungsschwerpunkte sind u.a. feministische Ökonomie und Politik, Fragen der sozialen Ungleichheit und das Verhältnis zwischen Staat und Wirtschaft.

wenn die Ungleichheit verringert wird“

nicht nur eine Forderung, deren Erfüllung aus Gründen der Gerechtigkeit dringend nötig wäre; sie ist auch nötig, um ein Wirtschaftssystem zu stabilisieren, das genau wegen der zunehmenden Ungleichgewichtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung in Schieflage geraten ist. Zu diesem Thema sprach KORSO-Herausgeber Christian Stenner mit der Wiener Ökonomin und Politologin Gabriele Michalitsch und dem Linzer Finanzwissenschaftler, Mathematiker und ehemaligem Vorstand der Linz AG Erhard Glözl.

mit wiederum ergibt es keinen Sinn mehr, die Überschusseinkommen aus Kapital in der Realwirtschaft zu investieren, weil ja keine zukünftige Nachfrage zu erwarten ist. Überschusseinkünfte sind, historisch gesehen, im alten Rom in Expansionskriege investiert worden, im alten Ägypten in Pyramiden, im Mittelalter in Schlösser, Dome, Burgen, und heute gehen diese Gelder in die Finanzmärkte.

Wenn man es auf den Punkt bringt, ist die zentrale Krisenursache die

Bevölkerung haben 8% der Geldvermögen. Und viele haben gar keines.

Ein zweiter – allerdings nur gradueller – Einwand: Derzeit sieht es noch so aus, als ob die Summe der Arbeitseinkommen bloß stagniert, aber nicht, wie Sie postulieren, real sinkt.

Wenn die Wirtschaft linear wächst – und das tut sie – und die Kapitaleinkommen wegen des Zins-Mechanismus exponentiell wachsen –, dann gibt es systemnotwendig zwingend einen Zeitpunkt, zu dem die Arbeitseinkommen in Summe absolut sinken müssen. Wann dieser Zeitpunkt erreicht ist, ist irrelevant, aber diese Kurve ist zwingend.

In letzter Konsequenz stehen auch die Aufblähung des Kreditwesens und damit auch die billigen Kredite für Häuslbauer in den USA, die dann zur Subprime-Crisis führten, in Zusammenhang mit dem Überschuss an Kapital.

Natürlich versucht man diese überschüssigen Kapitaleinkommen in Form von Konsumkrediten den Lohnempfängern zur Verfügung zu stellen. Während Henry Ford sinngemäß sagte: „Ich muss meine Arbeiter gut bezahlen, sonst haben sie kein Geld, meine Autos zu kaufen“, gibt man heute die Überschusseinkünfte nicht in Form von Lohnerhöhungen an die Arbeiter weiter, sondern versucht ihnen die überschüssigen Kapitaleinkünfte als Konsumkredite zu vermitteln und dann letzten Endes auch für die Zinszahlungen Kredite zu geben. Das ist genau der Mechanismus, der zur Aufblähung von Schulden und Guthaben führt, die irgendwann nicht mehr bedient werden können.

Dafür gibt es nur zwei Lösungen: Entweder die Löhne der Arbeitnehmer werden erhöht, oder der Staat greift ein, schöpft die Kapitaleinkommen ab und verteilt sie. Sonst kollabiert das System automatisch.

Wenn aber beides nicht eintritt?

Dann sinken natürlich nicht nur die Arbeitseinkommen, sondern auch die Kapitaleinkommen. Diesen Ablauf können wir ja modellhaft an Japan studieren. Dort gab es zu Beginn der Neunziger den gleichen Ablauf – Immobilienkrise, Bankenkrise, Börsenkrise –, dann wurden die gleichen Maßnahmen getroffen wie jetzt bei uns: Sanierung der Banken über Staatsverschuldung und Niedrigzinspolitik – und Japan schlitterte in eine nun bald 20 Jahre dauernde Stagnation. Japan hatte aber die Möglichkeit, die Produktionsstruktur aufrecht zu erhalten, weil die Überschussproduktion nach Amerika exportiert wurde und die Ansprüche der Gläubiger durch amerikanische Staatspapiere scheinbar befriedigt worden sind.

Wenn das aber nicht mehr in ausreichendem Ausmaß möglich ist?

Wenn wir die Gläubigeransprüche nicht mehr durch amerikanische Staatspapiere befriedigen können, dann können wir sie nur mehr durch inländische Staatspapiere befriedigen, das heißt durch zusätzliche Staatsverschuldung, und die hat auch ihre Grenzen. Das deutet auf eine negativere Entwicklung hin, als wir sie in Japan beobachten konnten.

Damit kommen wir zu meinem Lösungsansatz: Wenn schon vor der Krise die Einführung einer Kapitalbesteuerung nicht durchsetzbar war, dann hätte der erste Schritt in der Krise ein geordnetes Konkurs-

verfahren für die Banken sein müssen, bei dem der Staat gleichsam als Masseverwalter eintreten hätte müssen ...

Das hätte zu einer Entwertung der Kapitalansprüche und damit zu einer Verringerung der Kapitaleinkommen geführt, aber es wäre eine geordnete Entwertung gewesen; beim Konkurs von Banken sind die Gläubigerquoten ja üblicherweise recht hoch.

Es wäre wie bei jedem Konkurs gewesen: Zuerst werden die Ansprüche des Eigenkapitals reduziert oder gestrichen. Im zweiten Schritt hatten bei fahrlässiger Krida – und in meiner Sicht liegt im Bankenwesen fahrlässige Krida vor – Manager und Eigentümer mit ihrem Privatvermögen. Das heißt, man hätte das Privatvermögen jener angreifen müssen, die ungerechtfertigt Kapital aus dem Unternehmen gezogen haben. Als dritten Schritt hätte man, um das Anschwellen der Kapitalvermögen in den letzten Jahren wieder umzukehren, sehr rasch progressive Kapitalsteuern einführen müssen. Erst der nächste Schritt dürfte eine Entschuldung via Inflation sein, die ja letzten Endes alle trifft – und letztendlich muss es ja alle treffen, weil die Mehrheit das neoliberale System politisch mitgetragen hat. Und erst in letzter Konsequenz müsste dann eine Währungsreform durchgeführt werden, die ja nichts anderes als eine radikale Geldvermögensbesteuerung darstellt.

Obwohl wir derzeit eher eine deflationäre Situation haben, halten Sie – da ja die ersten drei der von ihnen genannten Schritte nicht umgesetzt wurden – eine inflationäre Entwicklung für wahrscheinlich.

Ja, die deflationäre Entwicklung wird in eine inflationäre umkippen. Das kann gar nicht anders sein. Es muss irgendeinen Prozess geben der diese scheinbaren Kapitalansprüche vernichtet, und da gibt es eben nur zwei Wege, entweder ungeordnet in einer Krise, oder geordnet über Kapitalbesteuerung.

Das heißt, es ist noch nicht zu spät, jetzt eine Kapitalbesteuerung einzuführen.

Es ist besser als nichts, aber ehrlich gesagt glaube ich, dass das Zeitfenster, um einer schweren Krise zu entkommen, bereits geschlossen ist. Meine Prognose ist, dass es Ende 2009 zu einer schweren Krise kommen wird und sich die Ereignisse zuspitzen werden – vielleicht auch ein halbes Jahr später. Man kann bei solchen unkontrollierten Ausgleichsvorgängen nie sagen, wann der Blitz kommt. Man kann nur sagen, er kommt mit Sicherheit, man kann seinen Weg nicht genau beschreiben, aber man weiß: Er geht von oben nach unten. Ende 2009 halte ich deshalb für wahrscheinlich, weil die Entwicklung der Realwirtschaft tendenziell der Finanzwirtschaft um ein halbes bis dreiviertel Jahr hintennachhinkt. Die finanzwirtschaftliche Krise hat im Sommer vorigen Jahres begonnen, jetzt, ein dreiviertel Jahr später, beginnt die Realwirtschaft in den Sturzflug überzugehen. Der Arbeitsmarkt reagiert noch einmal mit einer Zeitverzögerung.

Aufgrund der politischen Eingriffe zögert sich der Einbruch aber wohl noch weiter hinaus.

Der Arbeitsmarkt reagiert im Normalfall mit einem halben Jahr Verzögerung, aufgrund der Kurzarbeit und eines gewissen Investitionsprogrammes wird sich das vielleicht



Erhard Glözl: „Entweder die Löhne der Arbeitnehmer werden erhöht, oder der Staat greift ein, schöpft die Kapitaleinkommen ab und verteilt sie. Sonst kollabiert das System.“

Erhard Glözl: „Der erste Schritt hätte ein geordnetes Konkursverfahren für Banken sein müssen“

Die verbreitetste Einschätzung zu den Ursachen der Krise lautet: Der Finanzsektor trägt die Schuld. Wir müssen also nur den Wallstreet-Gangstern das Handwerk legen, dann wird alles wieder gut ...

Das greift natürlich zu kurz. Es gibt zwei Erklärungsmuster, die häufig verwendet werden, die aber beide zu kurz greifen. Das erste ist jenes, das gerne von den Banken benützt wird, nämlich: Es handele sich um eine Vertrauenskrise. Eigentlich gebe es aber keinen Grund für Misstrauen, man müsse nur den Banken ein bisschen mehr Geld geben, dann kehre das Vertrauen wieder, und alles läuft wie vorher. Dabei wird natürlich verschwiegen, dass es Ursachen für den Vertrauensverlust gibt. Das zweite Erklärungsmuster ist jenes, das Sie jetzt verwenden haben. Es habe an Regulierungen gemangelt, man müsse bloß die Gangster dort an der Wallstreet an die Kandare nehmen und alles wäre paletti. Natürlich hat das Fehlen von Regulierungen eine wesentliche Rolle gespielt, das ist aber ein Verstärkungsmechanismus. Meine Sicht der Dinge geht darüber hinaus: Die wesentliche Ursache der Finanzkrise ist eine Systemkrise des Kapitalismus, also eine Entwicklung, die mit dem Kapitalismus implizit verbunden ist. Man muss sich darüber im Klaren sein, der Kapitalismus hat positive und negative Seiten. Die positive Seite des Kapitalismus ist der Anreiz ...

... zu mehr Produktivität ...

... ja, das ist der Anreiz für Leistungsbereitschaft, für Eigeninitiative, für Risikobereitschaft, und diese Bereitschaft muss entlohnt werden; sie wird im Kapitalismus über Kapitaleinkommen entlohnt. Dadurch hat der Kapitalismus eine sehr hohe Produktivität erreicht. Er hat aber eine inhärente negative Seite, und die liegt darin, dass sich die Kapitaleinkommen durch positive Rückkopplung verselbständigen; aus mehr wird immer mehr und noch mehr – wo Tauben sind, fliegen Tauben zu –, daher wachsen die Kapitaleinkommen systemnotwendigerweise rascher als die Wirtschaft. Wenn die Kapitaleinkommen rascher wachsen als die Wirtschaft, werden Überschusseinkommen produziert, mit denen irgend etwas passieren muss. Solange die Arbeitseinkommen noch halbwegs mit dem Wachstum der Kapitaleinkommen mitkommen, wird in die Realwirtschaft investiert, in der Hoffnung, dass zukünftige Produkte abgesetzt werden können. Wenn aber die Kapitaleinkommen viel rascher wachsen als die Wirtschaft, führt das zu einem Sinken der Arbeitseinkommen...

... zumindest zu einem relativen Sinken ...

Nein, zu einem absoluten Sinken der Summe aller Arbeitseinkommen. Damit sinkt die Massennachfrage, da-

Ungleichverteilung, die daraus entsteht, dass die Kapitaleinkommen relativ zu den Arbeitseinkommen steigen. Die sogenannten innovativen Finanzprodukte, die innovativen Bewertungsverfahren bei der Bilanzierung, Niedrigzinspolitik, Herdentrieb, Gier, Betrug usw. verstärken nur diese Entwicklung. Zentral ist und bleibt, dass zunehmend Überschusseinkommen entstehen, die dann in die Finanzmärkte drängen. Wenn aber die Kapitalansprüche – also der Wunsch nach Erträgen aus der Veranlagung am Finanzmarkt – nicht mehr von der Realwirtschaft bedient werden können, wenn die Ersten draufkommen: Ich bekomme keine Zinsen mehr, dann bricht das Ganze wie ein Kartenhaus in einer Deflationsspirale zusammen.

Gegen diese These gibt es einen häufig geäußerten Einwand: Zum einen jenen, dass viele Lohnabhängige selbst auch Einkünfte aus Kapital – aus Spareinlagen, teilweise aus Aktien, aber auch aus Vermietung – bezögen; damit relativiere sich das Sinken der Lohnquote.

Man muss sich nur die Verteilung der Kapitalvermögen ansehen, um die Schwäche dieses Arguments zu erkennen: 10 Prozent der Bevölkerung besitzen 56 Prozent der Geldvermögen, 0,1 Prozent hat 8 Prozent der Geldvermögen, 50 Prozent der

→ verzögern. Die Kurzzeitmodelle laufen aber im Herbst aus, und dann wird der Arbeitsmarkt massiv einbrechen. Das Konsumentenvertrauen wird sich damit auch in Luft auflösen, und die Realwirtschaft wird, sage ich, spätestens Ende 2009 noch einmal dramatisch einbrechen. Die Bankenkrise und die Staatskrise lassen sich viel leichter am Papier beschönigen; Bankbilanzen können beliebig frisiert und gefälscht werden; die Staatskrise kann durch Staatsverschuldung beschönigt werden. Daher wird eben nicht als erstes die Bankenkrise oder die Staatskrise zum Tragen kommen, sondern als erstes wird die Realwirtschaft weiter abstürzen. Dann ist zu befürchten, dass auch die politischen Verhältnisse instabil werden, weil das Vertrauen der Bevölkerung in die Politik verloren geht, die jetzt nicht aufhört zu behaupten, wir hätten das Ärgste schon hinter uns, es werde schon wieder bergauf gehen ...

Aber die Aktienkurse haben sich wieder stabilisiert.

Wenn man denen, die seinerzeit für den Aktien-Boom gesorgt haben, wieder Spielgeld in die Hand drückt, ja, dann werden die Aktien wieder steigen. Was sollen Sie denn mit dem Geld machen, sie haben es ja, solange der Staat nicht bereit ist, es ihnen über progressive Kapitalsteuern oder über Haftungen zumindest teilweise wegzunehmen und zu verteilen, werden sie weiter spielen und Blasen produzieren und die Realwirtschaft wird zu Grunde gehen. Es ist ja geradezu pervers, dass jetzt die Quartalsbilanzen der Banken wieder im grünen Bereich sind, obwohl sich die Realwirtschaft im Sturzflug befindet. Jeder normal Begabte sieht, dass hier ein Taschenspielertrick verwendet wird.

Die Haftungen und Auffangpakete für die Banken haben letztendlich nur dazu beigetragen, dass das gleiche Spiel wieder von vorne begonnen wurde.

Genauso ist es. Der Einbruch wurde verzögert und in die Zukunft verschoben, das heißt es wird uns aber in der Zukunft noch härter treffen. Die jetzigen Maßnahmen gehen davon aus, dass es irgendwann ohnehin wieder gut wird, wir müssen nur durchtauchen, der Staat muss sich

verschulden, und wenn dann alles wieder gut ist, dann werden wir die Schulden schon wieder irgendwie zurückzahlen, wenn die Wirtschaft wieder so läuft wie vorher. Aber die Wirtschaft wird nicht wieder so laufen wie vorher, solange dieses Ungleichgewicht und diese übermäßigen Kapitalansprüche bestehen, die nicht bedient werden können.

Inwieweit kann das Sinken der Massenkaufkraft durch eine gigantische Ausweitung des Konsums der Kapitalgeber zumindest teilweise kompensiert werden? Es gibt ja einiges, das darauf hindeutet: Nobelmarken und -läden expandieren.

Ja das ist vollkommen richtig, diese Entwicklung wird es ganz sicher geben. Die Größenordnungen sind aber so, dass der Einbruch der Realwirtschaft dadurch nicht aufgefangen werden kann. Der Besitz von mehr als zwei Yachten ergibt keinen Sinn. Die Ökonomen vergessen gerne, dass die Kapitalvermögen so extrem ungleich verteilt sind. Das Kapitalvermögen von Bill Gates beträgt 40 Mrd. Dollar, das Welt-BIP 40.000 Mrd. Dollar. Wenn wir uns tausend Bill Gates da in einem kleinen Festsaal vorstellen – das ist ja eine überschaubare Menge – dann besitzen diese Herren so viel wie auf der ganzen Welt in einem Jahr produziert wird.

Vielleicht nur ein Stichwort zur Lohnquote. Würde man bei der Berechnung der Lohnquote die Managereinkommen, was inhaltlich gerechtfertigt wäre, als Kapitaleinkommen qualifizieren, dann würde die Lohnquote noch viel stärker sinken.

Gehen wir jetzt mal davon aus, dass Sie Recht haben und ein weiterer Einbruch droht; welche Szenarien sind dann denkbar?

Ohne massive staatliche Regulierung kann es keine Lösung geben, die Frage ist, ob das dann noch ein demokratisch legitimes Staatssystem ist. Aber dass man aus dieser Krise ohne massive staatliche Regulierung herauskommt, ist völlig undenkbar. Meine wichtigste Hoffnung ist, dass die politischen Systeme trotz der zu erwartenden harten Landung der Ökonomie stabil bleiben; wenn sie nicht stabil bleiben, gerät die Entwicklung völlig außer Kontrolle.

Wir hatten vor fünfundsiebzig Jahren schon einmal eine Situation, wo die Profiteure der ungleichen Verteilung sich auf totalitäre Bewegungen gestützt haben, um ihre Positionen und Ansprüche zu behalten – sehen Sie diese Gefahr wiederkehren?

Diese Gefahr sehe ich.

Univ.-Doz. Mag. Dipl.-Ing. Dr. Erhard Glözl, Studium der Chemie an der Universität Wien und der Technischen Mathematik an der Universität Linz, Habilitation in technischer Mathematik, von 1981 bis 1992 Leiter des Amtes für Umweltschutz der Stadt Linz, ab 1992 Technischer Vorstandsdirektor der SBL Stadtbetriebe Linz GmbH, seit 01.10.2000 Vorstandsdirektor der Linz AG. Lehrtätigkeit u.a. an der Universität Linz (Betriebliche Umweltinformationssysteme) und an der Donauuniversität Krems (Finanzwirtschaft).

Ein Jahr Steirischer Pflege- und Patienten Service

Im Juni 2008 wurde der Steirische Pflege- und Patienten Service (SPPS) gegründet, mit dem Ziel, eine zentrale Anlaufstelle für PatientInnen und Pflegebedürftige sowie deren Angehörige bei Fragen und Problemen im Gesundheits- und Pflegesystem zu sein.

Den Mitwirkenden dieses Vereines geht es vor allem darum, kompetent, rasch, gratis und unbürokratisch zu helfen. „Da diese Ideen mit den Anliegen der STVP einhergehen, unterstützen wir den SPPS und können auf ein Jahr erfolgreicher Kooperation zurückblicken“, erklärt ÖVP-Landesgeschäftsführer Mag. **Bernhard Rinner**. Fünf bis zehn AnruferInnen nahmen täglich Kontakt mit dem SPPS

auf. „Die an uns gerichteten Anfragen betrafen in erster Linie den Bereich Pflege und Betreuung zuhause (55%), gefolgt von Fragen zum Bereich Krankenhäuser (25%) und Fragen zu Ärzten und sonstigem. Weniger häufig wurden Anfragen zu Pflegeheimen gestellt (5%)“, erläutert **Gerhild Hirzberger** vom SPPS. Deutlich sei geworden, dass in der Steiermark eine zentrale Koordinationsstelle fehle, die dafür Sorge, dass alle Leistungen dezentral und flächendeckend in der Steiermark angeboten werden.

„Die Zielsetzung des SPPS hat sich erfüllt und wir werden weiterhin alle persönlichen Anliegen im Gesundheits- und Pflegebereich unterstützen“, so Hirzberger.

KORSO erweitert den steirischen Horizont.

Qualität hat ihren Preis. Wenn Sie diese KORSO-Ausgabe gratis erhalten haben, liegt das einzig daran, dass wir Sie damit als Abonnentin/Abonnenten gewinnen wollen.



Wir schenken Ihnen ein Buch!

Für jedes neue Abo (18,-) gibt's einen der drei nachstehenden Titel nach Wahl als Dankeschön kostenfrei dazu:

- Rosina-Fawzia Al-Rawi: Zwischen Tisch und Diwan. Ein (vegetarisches) orientalisches Kochbuch. 230 S.
- Gerald Schöpfer, Peter Teibenbacher: Graz seit 1945. Daten, Fakten, Kommentare. Graz: Leykam, 288 S.
- Herbert Zinkl: Der doppelte Boden der Wirklichkeit. Merkwürdige Geschichten. Graz: Steir. Verl.-Ges., 216 S.

Abonnieren ist einfach.

Zahlen Sie EUR 18,- auf das Konto 00000285890 bei der Steiermärkischen Bank, BLZ 20815, ein und vermerken Sie: „Jahresabo“ und die Nummer des gewünschten Buches (also 1, 2 oder 3). Geben Sie bitte unbedingt Namen und Adresse an. Wir senden Ihnen nach Eingang der Zahlung das Buch sowie die aktuelle KORSO-Ausgabe umgehend zu.

WIR FÖRDERN ZUKUNFT

Lehre ohne Barriere

Wie können benachteiligte Jugendliche ihre Fähigkeiten entdecken, eine Lehrstelle finden, einen Beruf erlernen, Geld verdienen, sich eine Zukunft aufbauen?

- **Clearingstellen** entwickeln gemeinsam mit den Jugendlichen, ihren Eltern und Lehrern einen individuellen Plan für eine maßgeschneiderte Ausbildung.
- Die **Berufsausbildungsassistenz** unterstützt und begleitet während der gesamten Ausbildungszeit. Bei der „integrativen Lehre“ gibt es zwei Möglichkeiten:
 - Entweder die Lehrzeit wird verlängert,
 - oder es wird ein Teilbereich des angestrebten Berufs erlernt.
- Die **Arbeitsassistenz** unterstützt bei der Suche nach einem passenden Arbeits- oder Ausbildungsplatz.

Das Bundessozialamt – die zentrale Anlaufstelle für Auskünfte zur Integrativen Berufsausbildung in Österreich

www.bundessozialamt.gv.at

Österreichweit zum Ortstarif

05 99 88



BUNDESSOZIALAMT

LANDESSTELLE STEIERMARK

Steirische Landesregierung: Maßnahmen zum Konjunkturaufschwung

Außergewöhnliche Situationen machen außergewöhnliche Maßnahmen notwendig: Unter diesem Motto steht nicht zuletzt die Arbeit der steirischen Landesregierung, die der Finanz- und Wirtschaftskrise ein Maßnahmenbündel entgegenseht. Der „Kampf gegen die möglichen Auswirkungen der weltweiten Finanzmarktkrise auf Wirtschaft und Beschäftigung“ habe oberste Priorität, „in erster Linie“ werde er „um den Erhalt des Wirtschafts- und Beschäftigungsstandortes Steiermark und die Unterstützung unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ geführt, sagt Landeshauptmann Franz Voves.

Insgesamt hat die steirische Landesregierung mit Hilfe des Doppelbudgets 2009/10 ein Konjunkturpaket in der Größenordnung von 400 Mio Euro geschnürt. Dabei wird vor allem in Infrastruktur investiert, Spitals-, Straßen-, Brücken- und Schulbauten stehen besonders im Fokus. Darüber hinaus hat die Landesregierung weitere 100 Mio Euro für kaufkraftstärkende Maßnahmen freigegeben. Die wichtigsten konjunkturwirksamen, antizyklischen Maßnahmen der einzelnen Ressorts hat KORSO für Sie unter die Lupe genommen.

Energie Steiermark: Mehr als 100 Mio Euro für steirische Firmen. Als Beteiligungsreferent der Landesregierung ist LH **Franz Voves** indirekt auch für die Investitionen zuständig, die von der Energie Steiermark getätigt werden: Der Energieversorger will bis 2013 ein Investitionsprogramm in einer Größenordnung zwischen 700 Mio und 1 Mrd Euro umsetzen. So werden – nach dem grünen Licht des Umweltsenats im Jänner dieses Jahres – die Wasserkraftwerke in Gössendorf und Kalsdorf mit einem Investitionsvolumen von 155 Mio Euro ab Herbst 2009 gebaut. Nach einer internationalen Ausschreibung steht zudem fest: Mehr als zwei Drittel des gesamten Auftragsvolumens, also etwa 100 Mio Euro, geht an steirische Firmen. Auf diese Weise sollen während der Bauphase rund 2000 Arbeitsplätze in der Steiermark gesichert werden. Auch im Bereich der Landesimmobilien-Gesellschaft (LIG) gibt es gerade jetzt Investitionen: Für den Zeitraum zwischen 2009 und 2013 werden pro Jahr 62 Mio Euro für neue und antizyklisch wirkende Bauprojekte aufgewandt werden. Aus dem Ressort von Voves fließen z.B. 2009/10 pro Jahr rund 43 Mio Euro über Bedarfszuweisungen an jene Gemeinden, für die er als Referent zuständig ist. Diese Finanzmittel können für außerordentliche Projekte oder den Ausgleich des ordentlichen Haushalts gewährt werden, im Gegensatz zu den Vorjahren (2005 bis 2008: 146 Mio Euro) steht den betroffenen Gemeinden damit deutlich mehr Geld zu Verfügung; der von Voves initiierte Gas- und Strombonus bringt Einkommensschwachen insgesamt 15 Mio Euro mehr an Kaufkraft.

Tourismus: Qualitätsoffensive. Auch LH-Stellvertreter **Hermann Schützenhöfer** wird in den kommenden Jahren mehr Mittel für kleinere Konjunkturprojekte in den in seinen Zuständigkeitsbereich fallenden Gemeinden bereitstellen können; dazu zählen etwa Schulneue- und -umbauten, die Aufwendungen für Kindergärten, aber auch die Sanierung von Gemeindewegen. Als Tourismusreferent will er generell, aber auch im Hinblick auf die Ski-WM 2013 in Schladming eine Qualitätsoffensive starten, „ein großes

Programm mit 20 Millionen Euro“, wie er in der Juni-Ausgabe des KORSO betonte. 10 Mio werden in den nächsten eineinhalb Jahren in die Attraktivierung der Skigebiete fließen. Landeshauptmann-Stellvertreter **Hermann Schützenhöfer** will ferner mit Hilfe eines 215 Mio Euro an Förderungen umfassenden Klimaschutzpakets, das u.a. die Förderung der Umstellung von Privathaushalten auf erneuerbare Energieträger vorsieht, innerhalb von 5 Jahren insgesamt rund 17.500 zusätzliche Arbeitsplätze schaffen.

Im Fokus: Beschäftigung. Einen wichtigen Bestandteil des Konjunkturprogrammes des Sozialressorts (LH.-Stv. **Kurt Flecker**) machen die Neubauten respektive Generalsanierungen der Landespflegezentren Bad Radkersburg, Knittelfeld, Kindberg und Mautern aus, dafür werden 44,5 Mio Euro aufgebracht. Im ebenfalls von Flecker verwalteten Kulturressort wird die Revitalisierung des Museumskomplexes Joanneumsviertel vorangetrieben: Nach der Erarbeitung eines Konzepts zur Renovierung und Erweiterung des Museums-Viertels in der Grazer Innenstadt werden die Bauarbeiten im kommenden Herbst starten, damit das runderneuerte Joanneumsviertel im Jubiläumsjahr 2011 in neuem Glanz erstrahlen kann – dann ist es nämlich 200 Jahre her, dass Erzherzog Johann das Landesmuseum Joanneum begründet hat. Besonderen Raum innerhalb der Agenden Fleckers nehmen die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen ein, mit denen die krisenbedingt steigende Arbeitslosigkeit bekämpft wird: Gemeinsam mit dem AMS wurde ein Maßnahmenpaket geschnürt, das u.a. die „Bildungskarenz Plus“ (Mitarbeiter werden dabei trotz Auslastungsrückgang im Unternehmen gehalten) oder auch Unternehmensstiftungen umfasst, welche die rasche Reintegration entlassener MitarbeiterInnen in den Arbeitsmarkt anstrebt. Mit dem Beschäftigungsprojekt „Aktion Gemeinde“ werden steiermarkweit 1213 Langzeitarbeitslose eine Chance am Arbeitsmarkt erhalten. Weitere Projekte dieser Art sind etwa Graz_Jobs und „Menschen finden eine Arbeit“ im Rahmen des vom Europäischen Sozialfonds kofinanzierten „Steps to better Employment“: Insgesamt 1500 Personen sollen dadurch wieder an den Arbeitsmarkt herange-

führt werden. Beschäftigungspolitisch von besonderer Tragweite ist schließlich das Maßnahmenprojekt JobConnect, das sich an Jugendliche bis 27 mit mittlerer bis höherer Ausbildung richtet und aus dem Wachstumsbudget von Landeshauptmann Voves kommt: Konkret werden in den nächsten eineinhalb Jahren 800 junge Menschen mit einem Lohnkostenzuschuss von bis zu 500 Euro monatlich – aber höchstens 25% ihres Gehaltes – für das erste halbe Jahr ausgestattet, vorausgesetzt sie werden mindestens neun Monaten am neu geschaffenen Arbeitsplätzen angestellt. „So kommen die Unternehmen zu finanziell unterstützten neuen MitarbeiterInnen und diese erstmals in hoffentlich langfristige Beschäftigungsverhältnisse“, sagt Flecker.

Unterstützung für heimische Unternehmen. Landesrat **Christian Buchmann** setzt als Wirtschaftsverantwortlicher des Landes auf die gemeinsam in der Landesregierung beschlossene Wirtschaftsstrategie „Innovation serienmäßig“, die auch 2009 nach Plan umgesetzt wird, im „Living Master Paper“ sind zusätzlich 67 Mio Euro für die Steirische Wirtschaftsförderung und damit für heimische Betriebe vorgesehen. Zur Dynamisierung der Wirtschaft kann das Land nun verstärkt Hafungen übernehmen, insgesamt gibt es im heurigen Jahr 33 Mio Euro zusätzlich. Insgesamt stehen dem Wirtschafts- und Innovationsressort im Jahr 2009 damit über 100 Mio Euro zur Verfügung. Zudem sollen Kontakte mit Headquarters am steirischen Standort weiterhin intensiv gepflegt und die Ansiedlung neuer Unternehmen internationalen Formats vorangetrieben werden, Weiterbildungsmaßnahmen in Unternehmen, die von der schwächelnden Konjunktur betroffen sind, forciert und Unternehmensgründungen in der Steiermark weiterhin mit Nachdruck gefördert werden: „Ich bin überzeugt, dass Innovation der natürliche Feind der Krise ist. Die Wirtschaftsförderungsmaßnahmen des Ressorts wurden an die Bedürfnisse der Unternehmen in diesen wirtschaftlich turbulenten Zeiten angepasst, behalten aber den Fokus auf Innovationen, Forschung, Entwicklung und Qualifizierungen“, sagt Buchmann.

Landesschulen-Sanierung: 139 Millionen. Eine große Infrastruktur-Initiative kommt aus dem Bildungsressort von Lan-

desrätin **Bettina Vollath** (Bildung, Jugend, Frauen, Familie): Bis ins Jahr 2014 werden insgesamt rund 139 Mio Euro in dringend notwendige Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen bei fast allen Fachschulen für Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft investiert. „Unser Paket für die Landesschulen wird gerade in den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2009 und 2010 so richtig wirksam“, sagt Lan-

desrätin **Bettina Vollath** (Bildung, Jugend, Frauen, Familie): Bis ins Jahr 2014 werden insgesamt rund 139 Mio Euro in dringend notwendige Sanierungs- und Sicherheitsmaßnahmen bei fast allen Fachschulen für Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft investiert. „Unser Paket für die Landesschulen wird gerade in den wirtschaftlich schwierigen Jahren 2009 und 2010 so richtig wirksam“, sagt Lan-



„Der Kampf gegen die Auswirkungen der Krise auf die Beschäftigung hat allererste Priorität“, unterstreicht LH Franz Voves im Namen der gesamten steirischen Landesregierung.

desrätin **Vollath**. Bereits jetzt wirkt sich die von **Vollath** durchgesetzte Einführung des Gratiskindergartens (52,5 Mio Euro) und die Abschaffung der Studiengebühren auf den Fachhochschulen (2,5 Mio Euro) positiv auf die Konjunktur aus, weil den Betroffenen mehr Geld für andere Ausgaben im Säckel bleibt.

Geld vom Bund für die Bahnhofs-Offensive. Das Verkehrsressort (Landesrätin **Kristina Edlinger-Ploder**) partizipiert besonders am Bundes-Konjunkturpaket „Bahn“: Von 700 Mio Euro kommen 203 Mio in die Steiermark, die Bahnhofsinfrastruktur in Leibnitz, Peggau-Deutsch-Feistritz, Graz oder Bruck kann damit gebaut

wartete positive UVP-Prüfung voraus. Wird diese bestanden, dann fließen in dieses Infrastrukturprojekt 115 Mio Euro. Ende Juni konnte Landesrätin **Edlinger-Ploder** schließlich ein weiteres Konjunkturpaket ankündigen: In allen Bezirken der Steiermark werden 19 Straßensanierungsprojekte mit einem Gesamtvolumen von 7,73 Mio Euro umgesetzt: „Mit diesen Projekten können wir jetzt und sofort regionale Arbeitsplätze schaffen, weil wir es hier bei den Sanierungsprojekten mit Größenordnungen zu tun haben, die keine EU-weite Ausschreibung erfordern“, sagt die Ressortchefin.

Sanierungsoffensive: Klimaschutz und Arbeitsplätze. Positiv auf die Konjunktur wirkt auch das Angebot in puncto Wohnbauförderung seitens des Wohnungsressorts (LR **Johann Seitingner**): Im Bereich der Wohnbauförderung – dieser betrifft den Neubau, die Sanierung und die Revitalisierung von Wohngebäuden – können mit Hilfe einer Gesamtförderungssumme von rund 317 Mio Euro pro Jahr 20.000 Arbeitsplätze gesichert werden. „Die Sanierungsoffensive des Landes Steiermark ist einerseits ein großer Beitrag für den Klimaschutz und andererseits ein enorm wichtiger Impuls für die Bauwirtschaft“, betont **Seitingner**.

Spitäler werden auf den aktuellen Stand gebracht. Eine nachhaltige, umfassende Infrastruktur-Maßnahme kommt schließlich aus dem Gesundheitsressort (Landesrat **Helmut Hirt**): Für Neu- und Umbauten in den steirischen Spitälern werden 2009 insgesamt 117 Mio Euro aufgewandt – der Gutteil davon fließt in das Großprojekt LKH 2020. Auch als Personalreferent wird **Hirt** gegen die Krise tätig: Er bietet heuer noch über 900 Jugendlichen die Möglichkeit, eine Ausbildung beim Land Steiermark zu starten. 340 dieser Plätze werden zusätzlich zum bestehenden Angebot geschaffen. Insgesamt bildet das Land Steiermark somit heuer fast 2.000 junge Menschen in den verschiedensten Sparten aus. „Vor dem Hintergrund der steigenden Jugendarbeitslosigkeit müssen wir gerade jetzt jungen Menschen eine Chance geben“, begründet der Landesrat diese Offensive.



Nachhaltige Infrastruktur- und Baumaßnahmen stehen im Zentrum des Konjunkturpaketes

Mit Unterstützung durch:



Wie behindert dürfen BettlerInnen sein?

Unauffällig sei der Bettler, demütig und vor allem unversehrt – dann wird er (vielleicht und gerade noch) toleriert. Das Auftreten von BettlerInnen mit Behinderungen in Graz hat sofort zu übersäumenden Reaktionen geführt und die Heucheleiproduktion angeregt – vom Bürgermeister bis zum Bobo-Magazin „Falter“.

Am 21. Juni warnte Bürgermeister **Siegfried Nagl** in der *Sonntagskrone*, die „Bettelei“ in der steirischen Landeshauptstadt sei „ein Geschäft mit dem Mitleid der Menschen“. Gleichzei-

tig empfahl er den GrazerInnen, „vor allem den behinderten Bettlern kein Geld“ zu geben und ein Bettelverbot zumindest für Minderjährige und behinderte Menschen. In der Gemeinderatssitzung vom 25. Juni ging die ÖVP statt mit dem Koalitionspartner mit FPÖ und BZÖ Hand in Hand. Gemeinsam wandte man sich an den Landtag und forderte eine Verschärfung der die Bettelei betreffenden Bestimmungen des Landessicherheitsgesetzes.

Aber auch abseits der politischen Bühne sorgte der Vorstoß des Bür-

germeisters für Aufregung: Katholische Kirche wie Menschenrechtsexperten übten an der neuen Position der Bürgermeister-Partei Kritik: „Als Christ muss ich mir vor Augen halten, dass Gott selbst uns gerade in den schwächsten Gliedern der Gesellschaft ansieht. Wenn diese Menschen aus dem sozialen Gesichtsfeld entfernt werden, ist das soziale Problem dahinter ja nicht gelöst“, sagte beispielsweise Bischofsvikar **Heinrich Schnuderl**. Unterstützung erhielt die Initiative des Bürgermeisters wiederum von ungewöhnlicher Seite: Die Wo-

chenzeitung *Falter* veröffentlicht am 1. Juli eine Story über Bettler in der steirischen Landeshauptstadt. Unter dem reißerischen Titel „Versklavt in Graz“ wird die Geschichte einer behinderten Rumänin erzählt, die zum Betteln „gezwungen“ werde. Bei näherem Hinsehen sind allerdings keine besonders stichhaltigen Fakten auszumachen, selbst der Steiermark-Falter-Chefredakteur rudert zurück und räumt einige Seiten vor dem Hauptartikel ein, dass es sich in diesem Fall um Menschenhandel handeln „könnte“.

Zur zentralen Frage: Welche Alternativen denn der betroffenen Frau zum Überleben offenstünden, darüber schweigen allerdings alle vorgeblich um ihre Rechte zutiefst Besorgten.

Zur Korrektur der Bilder veröffentlicht KORSO einen Brief, den die in der Steiermark gebürtige und in Wien und Sofia lebende Regisseurin **Uli Gladik** an den Grazer Bürgermeister gerichtet hat – und einen Gastkommentar von Pfarrer **Wolfgang Pucher**.

| gis / cs

Gastkommentar

Zum Sterben zuviel – zum Leben zuwenig!

Pfarrer **Wolfgang Pucher, C.M.**,
Vinzenzgemeinschaft Eggenberg



Das menschenunwürdige Schicksal der Roma unter uns.

Wenn ein Romakind in der Slowakei geboren wird, dann ist seine Überlebenschance um 50% geringer, als für ein Kind aus einer slowakischen Familie. Wenn die Schulzeit herankommt, kann es passieren, dass es in eine Sonderschule abgeschoben wird, nur weil es ein Romakind ist. Als Jugendlicher kann es sich nur unter seinesgleichen bewegen. Skinheads lauern auf jugendliche Roma, verprügeln sie und lassen sie nicht am Leben anderer teilhaben. Als Erwachsener bekommen zwei von hundert eine Arbeit. Den Rest seines Lebens verbringt es mit einer Sozialhilfe pro Person und Tag in der Höhe von € 1,-. Zum Sterben zuviel, zum Leben zuwenig! Seine Lebenserwartung ist von vornherein um 10% niedriger, als für alle anderen Staatsbürger.

Hungerrevolte. Am 18. Februar 2004 haben 80 Roma einen Billa-Supermarkt in Levoca gestürmt, um sich Lebensmittel zu besorgen. Die Aktion weitete sich rasch auf andere Städte der Region aus. Der Staat hat 2.100 zusätzliche Polizisten und 1.000 Soldaten aufgebieten, um diese Hungerrevolte niederzuschlagen. 55 Personen sind im Gefängnis gelandet. Sogar der slowakische Präsident Schuster fand die Politik der Regierung „unsensibel“. Ein milder Ausdruck für eine menschenverachtende Vernachlässigung und Diskriminierung einer ganzen Bevölkerungsschicht.

Nach der Wende in den Oststaaten wurden die Roma die ersten Opfer der sozialen Marktwirtschaft. Für sie gab es und gibt es bis heute keinen wirklichen Platz in der Gesellschaft. In der Slowakei hat man sie in Ghettos oft außerhalb der Siedlungen gesperrt und sie ihrem Schicksal überlassen. Um diese Siedlungen ist eine unsichtbare Mauer, die zwei Welten von einander trennt. Das Leben innerhalb dieser Ghettos ist nach Karl-Markus Gauß „Die Hundesser von Svinia“ die „Vorhölle auf Erden“. Die 11 Millionen Roma, die in Europa, hauptsächlich im Osten, leben, werden seit Jahrhunderten diskriminiert und von der Mehrheitsbevölkerung als Gefahr gesehen. Sie haben viele Kinder und können am gesellschaftlichen Leben des betreffenden Landes nur als Musiker – und das sind nur wenige – teilhaben. Man scheut sich nicht, sie als arbeitsunwillig und als Schmarotzer hinzustellen. Überleben können sie nur, weil sie in Großfamilien leben und der Zusammenhalt aller dem einzelnen Schutz gibt.

Der vermeintliche Bettler-Mercedes. Wenn sie sich in ihrer Not entschließen, in wohlhabende Länder zu reisen, um dort zu betteln, dann wird ihnen von vornherein unterstellt, dass sie organisiert seien, mit ihrem Schicksal das Mitleid der Bevölkerung erschleichen und in Wirklichkeit Opfer oder Täter einer kriminellen Organisation sind. In Graz geisterte 10 Jahre lang der „Bettler-Mercedes“ herum. Bis heute konnte er nicht fotografiert werden. Aber es gibt ihn so sicher, wie den Yeti und das Loch Ness. Die Behauptung, sie gehören einer kriminellen Organisation an, wird in Graz zum zweiten Mal untersucht. Oberstleutnant **Siegfried Semlitsch** von der Grazer Polizei teilte am 23. Juni 2009 bei einem runden Tisch der Sozialstadträtin **Elke Edlinger** mit, dass in den ersten zwei Monaten 14 Personen überwacht wurden und keine kriminelle Organisation dahinter gefunden werden konnte. Die immer wiederkehrenden Versuche, diese armen Menschen zu diskriminieren und zu vertreiben, haben meiner Ansicht nach zwei Hauptgründe. Auch gutherzige Menschen tun sich schwer, Armut unmittelbar vor ihren Augen zu haben und selber ein relativ wohlhabendes Leben zu führen, bei gleichzeitiger Hilflosigkeit dem Schicksal dieser Menschen gegenüber. Es ist das schlechte Gewissen einer übersättigten Wohlstands- und Wegwerfgesellschaft. Die zweite Ursache liegt im Antiziganismus („Zigeunerfeindlichkeit“), wie es der Kärntner Sozialforscher, Dr. **Gernot Haupt**, bezeichnet. Sie steckt in manchen Köpfen genauso tief wie der Antisemitismus. Unbegründbar und unwiderlegbar. Derselbe behauptet auch, dass die Feindlichkeit gegen Menschen, die auf der Straße um Hilfe bitten, ihre Ursache darin hat, dass der Vorübergehende mit seiner eigenen Angst vor Armut konfrontiert wird.

Projekte Vorort. Am 19. Februar 1997 hat die Vinzenzgemeinschaft Eggenberg erstmals alle Menschen, die in Graz auf der Straße um Hilfe bitten, zu einem Treffen im Franziskanerkloster eingeladen. Wir haben sie nach ihrem Schicksal und nach ihren Nöten in unserer Stadt gefragt. Schrittweise ist es uns gelungen, für jeden ein



Eine Roma-Familie in Pavloce, nahe dem slowakischen Ort Hostice, vor ihrer Bleibe.

Quartier zu finden, sie einmal am Tag mit Essen und bei Bedarf medizinisch zu versorgen. Wir haben sie auch gegen Behördenwillkür in Schutz genommen. Dies führte zu einem Verfahren vor dem Verwaltungsgerichtshof, in dem festgehalten wurde, dass die Ausweisung dieser Menschen aus dem österreichischen Staatsgebiet mehrmals widerrechtlich geschehen ist. Gleichzeitig hat die Vinzenzgemeinschaft Eggenberg im Dorf Hostice, aus dem die größte Zahl der Betroffenen kommt, eine schrittweise Verbesserung der Lebenssituation erwirkt. Eine Nudelproduktion für 16 Frauen und eine Gurkenverarbeitung für einige Familien ermöglicht einem Drittel des Dorfes, sich mit eigener Hände Arbeit am Leben zu erhalten. Der Einsatz für Roma in ihren Heimatorten kann nicht von heute auf morgen für allen Betroffenen die Not beseitigen. Solange dies nicht der Fall ist, werden wir in unseren Wohlstandsländern hilfessuchende Menschen auf- und annehmen müssen, wenn wir uns nicht der Unmenschlichkeit verschreiben wollen.

Wolfgang Pucher Pfarrer in der Pfarre St. Vinzenz in Graz, hat die Vinzenzgemeinschaft Graz-Eggenberg gegründet und sich in der Vergangenheit immer wieder für Hilfsprojekte obdachloser Menschen engagiert. Zum seinem 70. Geburtstag Ende März erschien die Publikation „Wolfgang Pucher. Rebell der Nächstenliebe“ von Ö1-Redakteurin **Cornelia Krebs** im Styria Verlag.

Barackenlager und Autoreifenfeuer am Stadtrand von Sofia Fotos: Gladik



Gastkommentar

„Auf die so genannte Bettelmafia bin ich während meiner Recherchen nicht gestoßen“



Regisseurin
Ulrike Gladik

Den unten stehenden Brief schrieb die in Wien und Sofia lebende, aus der Steiermark gebürtige Filmregisseurin lebende Regisseurin Ulrike Gladik an den Grazer Bürgermeister Siegfried Nagl. KORSO hat sie darum gebeten, ihn einer breiteren Öffentlichkeit bekannt machen zu dürfen.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mein Name ist Ulli Gladik. Ich habe über Ihre Forderung nach einem Bettelverbot für Behinderte gelesen. Da ich mich mit dem Thema „Betteln“ in den letzten Jahren sehr intensiv beschäftigt habe, erlaube ich mir, Ihnen folgende Informationen zukommen zu lassen und hoffe, dass Sie Ihre Forderung überdenken: Ich kenne einige der behinderten Bettlerinnen in Graz sehr gut. Die Bettlerin Natasha K. habe ich zwei Jahre lang mit der Kamera begleitet, um über Sie ein Filmporträt zu machen. Ich habe die junge Frau mehrmals in ihrem Heimatort Bressnik, einer Kleinstadt in Bulgarien, besucht. Natasha ist körperbehindert. Ihre Eltern haben bis 1989 in einer Fabrik gearbeitet, nach der Wende wurden sie arbeitslos. Das kleine Häuschen, das sich die Familie in den 80er Jahren mühevoll gebaut hatte, war noch nicht abbezahlt. Die Sozialhilfe in Bulgarien beträgt ca. 20 Euro monatlich. Die Familie hätte um ein Haar das Häuschen verloren, wäre Natasha nicht nach Österreich gekommen um hier mittels Betteln Geld zu verdienen. Dank der Spenden der Grazer und Grazerinnen konnte sie in den letzten Jahren das Haus abbezahlen und den Lebensstandard der Familie soweit aufrecht erhalten, dass ihr Sohn und die Kinder ihrer Geschwister weiterhin die Schule besuchen können. In den letzten Jahren konnten Natashas Geschwister sogar wieder Arbeit finden, v.a. in der boomenden Baubranche. Doch seit einigen Monaten sind aufgrund der Finanzkrise auch diese Jobs wieder abhanden gekommen.

Auf die so genannte Bettelmafia bin ich während meiner Recherchen nicht gestoßen. Aufgrund ihrer Körperbehinderung fährt Natasha nie alleine nach Österreich, meist wird sie von ihrer Schwester, ihrem Freund oder ihrer Mutter begleitet, die dann ebenfalls betteln. Auch die slowakischen und rumänischen Bettler, die ich im Rahmen der Recherche in den letzten Jahren interviewt und begleitet habe, kommen nie alleine, sondern meist mit Verwandten oder Freunden. Natasha wohnt in einem kleinen überbezahlten Zimmer im Süden von Graz, das sie sich auf Grund der hohen Kosten mit einer ebenfalls aus Bulgarien stammenden körperbehinderten Bettlerin und ihrer Mutter teilt.

Aufgrund der aktuellen Wirtschaftskrise sind Roma und Sinti in Osteuropa noch stärker bedroht. Einerseits durch rechtsradikale Ausschreitung (Romamorde in Ungarn, Aufmärsche in Tschechien), andererseits durch den Verlust ihrer Arbeitsplätze vor allem in der Bauwirtschaft. Das so genannte „Bettelproblem“ wird durch ein Bettelverbot nicht zu lösen sein, denn wer in seiner Existenz bedroht ist, wird nach Möglichkeiten suchen zu überleben. Ein Bettelverbot würde nur jene kriminalisieren, die versuchen, auf legalem Weg sich und ihre Familien durchzubringen. Sollte es Fälle von Ausbeutung in diesem Bereich geben, gibt es bereits Gesetze (gegen Menschenhandel oder Nötigung) um Tatverdächtige strafrechtlich zu verfolgen.



Foto: Gladik

Die Familie hätte um ein Haar das Häuschen verloren, wäre Natasha nicht nach Österreich gekommen, um hier mittels Betteln Geld zu verdienen.

Die Politik ist jetzt besonders gefragt, rechtsextremen Strömungen mittels Bildung und Aufklärung, aber auch Verboten entgegenzuwirken, damit die Diskriminierung von Roma und Sinti in Europa endlich ein Ende findet und auch sie als gleichwertige BürgerInnen Europas ihre Rechte wahrnehmen können. Hintergrundinformationen finden Sie unter www.natasha-der-film.at oder <http://bettelobbywien.wordpress.com>.

Mit freundlichen Grüßen,
Ulrike Gladik

LH-Stv. Dr. Kurt Flecker zum Fekter-Asylrecht-Entwurf:

„Die Frau Ministerin Fekter will offenbar in den blauen Vorstand kommen“

Herr Soziallandesrat, wie stehen Sie zum Asylrechtsvorschlag der Innenministerin? Er ist ja sehr umstritten, u.a. auch deswegen, weil er rechtlich fragwürdige Bestandteile beinhaltet – wie etwa die Möglichkeit, einen Asylwerber nach einer Anklageerhebung sofort abschieben zu können, ohne eine Verurteilung abwarten zu müssen.

Ich stehe gegen die zunehmende Tendenz, alles und jedes ein bisschen den Freiheitlichen nachzuplaudern. Die Frau Ministerin Fekter scheint offenbar in den blauen Vorstand kommen zu wollen. Ich bin immer für eine humane Integrationspolitik eingetreten, leider formuliert keine der beiden Großparteien Zielvorstellungen in diese Richtung. Es wird nur darüber geredet, wie weit wir noch ‚verstracherln‘ können. Die Frau Ministerin

Fekter ist ja die Überstrachlerin – und nicht nur deswegen, weil sie eine Anzeige der Staatsanwaltschaft gegen einen Asylwerber einer Verurteilung gleichstellen will. Es geht auch darum, dass dahinter die Ansicht steckt, dass Menschen zweiter Klasse zu uns kommen, die von vornherein mit dem Verdacht behaftet sind, sie seien kriminell.

Und das ist sehr, sehr übel. Der gewaltsame Antisemitismus hat auch damit begonnen, dass man Juden von vornherein verdächtigt hat, auf unreelle Art Geld zu machen. Mir kommt das ähnlich vor, und ich glaube, man muss hier sehr, sehr strikt und deutlich sagen: Das ist inhumane Politik, das ist mit einer Menschenrechtsdemokratie niemals in Einklang zu bekommen

Was wäre zu tun?

Natürlich muss es Regelungen geben. Ich bin dafür, dass wir in Europa zu einem Konsens kommen, dass die Aufnahme von Asylwerbern eine europäische Aufgabe ist und entsprechend solidarisch aufgeteilt werden muss. Ich verstehe nicht, warum es Abgeordnete, sogar der sozialdemokratischen Fraktion, gegeben hat, die im Europaparlament der meines Erachtens sehr vernünftigen Asyllinie der EU nicht zugestimmt haben. Das ist eine sehr, sehr gefährliche Entwicklung, und ich geniere mich dafür, wenn solche Entwicklungen durch das Abstimmungsverhalten der beiden Großparteien auch noch bestärkt werden.

Das Gespräch führte
Christian Stenner.



„Mittels Betteln konnten viele Roma ihre Familien vor einem derartigen Abstieg bewahren“

Natasha bekommt in Bulgarien ca. 50 Euro im Monat Pension, obwohl sie an einer schwerwiegenden körperlichen Behinderung leidet. Eine medizinische Grundversorgung ist in Bulgarien nicht gewährleistet.

Das Kindergeld beträgt 9 Euro. Sozialhilfe 20 Euro. Eine Pension ca. 40–80 Euro monatlich.

Das Preisniveau in Bulgarien ist in den letzten Jahren auf ca. 80% unseres Preisniveaus gestiegen.

Es gibt zwar Gelder und Programme seitens der EU, doch leider sind diese wie der berühmte Tropfen auf den heißen Stein bzw. versickern, bevor sie dort ankommen, wo sie hin sollten. Korruption ist in Bulgarien sehr verbreitet.

Trotz der Arbeit vieler NGOs werden Roma segregiert, diskriminiert und kriminalisiert und haben kaum Zugang zu normalen Jobs oder zu Hilfsprogrammen.

Am Rande der Hauptstadt Sofia gibt es Barackensiedlungen und Zeltlager von Angehörigen der Romaminderheit, die aus ihren Häusern und Wohnun-

gen ausziehen mussten, weil sie die Mieten nicht mehr zahlen konnten. In diesen Lagern herrschen schreckliche Zustände: Hunger, Krankheiten, Kälte (giftiger Müll wird verbrannt, um Wärme zu gewinnen). Die Leute leben von Müllsammeln, Prostitution und Betteln. Die Kinder sind ausgehungert, krank, schlecht gekleidet und daher in den Schulen nicht erwünscht. Ist eine Familie einmal auf so eine Stufe abgestürzt, hat sie kaum mehr Chance, je wieder ein normales Leben zu führen. Mittels Betteln konnten viele Roma ihre Familien vor einem derartigen Abstieg bewahren.

Österreichische Banken, Versicherungen und Firmen haben in den letzten 20 Jahren enorme Gewinne in den Staaten des ehemaligen Ostblocks gemacht – auch deswegen, weil sich in diesen Ländern eine demokratische Ordnung noch nicht adäquat etablieren konnte. Es liegt daher sehr wohl in der Aufgabe österreichischer Politiker auch für die Verantwortung zu übernehmen, die an der untersten Stufe dieser Gesellschaften stehen. | ug



Verein IKEMBA unterstützt MigrantInnen

Der Grazer Integrations-Verein IKEMBA wurde 2007 gegründet, im Februar dieses Jahres konnten die neuen Büro- und Beratungsräumlichkeiten bezogen werden, Mitte Juni luden die MitarbeiterInnen zu einem Tag der offenen Tür eben dorthin.

IKEMBA zählt zu jenen Vereinen, die sich um MigrantInnen und ihre Anliegen mit viel Engagement bemühen und professionell interkulturelles Konfliktmanagement betreiben. Derartige Initiativen sind für eine positive gesellschaftspolitische integrative Zukunft sehr wichtig, tragen kompetent zu einem gesellschaftlichen Miteinander bei und sind deshalb unterstützenswert“, sagte Sozialreferent LH-Stv. **Kurt Flecker** anlässlich des Tags der offenen Tür. **Livinus Nwoha**, Leiter des Vereins, beschrieb ferner die konkrete Herangehensweise von IKEMBA: „Wir arbeiten für die aktive und nachhaltige Integration der MigrantInnen in Österreich; wir leisten Hilfe zur Selbsthilfe und einen Beitrag zum friedlichen Zusammenleben in einer interkulturellen Gesellschaft.“

Wir verstehen uns als KulturdolmetscherInnen und wollen Verständigung über die Kulturen hinweg schaffen, Missverständnisse minimieren und die Verständigungsmöglichkeiten zwischen MigrantInnen und der Mehrheitsbevölkerung erhöhen.“ LH-Stv. Flecker konstatierte der Arbeit von IKEMBA eine Vorbildfunktion: „Aktive Integrationspolitik findet hier in der Betreuung und Unterstützung statt. Im Gegensatz zum offiziellen Österreich, dass sich in seiner aktuellen Asylpolitik nur abgrenzt.“

Mann und Migration. Ein besonders verfolgungswertes Ziel für Livinus Nwoha und sein Team von IKEMBA ist Empowerment: Dabei geht es um das Stärken der Potenziale und Kompetenzen von MigrantInnen. Ferner ist die so genannte „Outreach-Arbeit“ ein wichtiger Bestandteil der Arbeit des Integrationsvereins: Die Betroffenen werden dabei direkt in ihren Communities aufgesucht, in Parkanlagen oder Kirchen wird der Kontakt aufgenommen. In weiterer Folge versteht sich der Verein als Schnittstelle

zwischen MigrantInnen, Institutionen und Behörden – Vermittlung, Vernetzung und Kooperationen stehen in diesem Zusammenhang auf der Tagesordnung. Ein weiterer nicht unwesentlicher Mosaikstein innerhalb der breit gefächerten Angebotspalette des Vereins richtet sich besonders an Männer. Die Palette bestehender Angebote habe sich nicht selten Frauen und Kinder im Fokus – diese Angebote sollten natürlich auch weiterhin fortgeführt und ausgebaut werden –, Beratungs- und Weiterbildungsangebote für Männer seien in Graz allerdings Mangelware, erklärte Nwoha. Handlungsbedarf bestehe aber sehr wohl: Demnach müssen viele Migranten nach einer Flucht in die neue Heimat erkennen, dass sie dem für sie traditionellen Bild des Ernährers und Beschützers nicht entsprechen können, dass sie ihre Vorbildfunktion nicht mehr wahrnehmen können. IKEMBA will hier alternative Handlungsmöglichkeiten aufzeigen, den Männern Möglichkeiten illustrieren, wie sie mit ihrer neuen Rolle umgehen können.

| gis



von links nach rechts: LH-Stv. Kurt Flecker mit Christine Leitner und Livinus Nwoha vom Verein IKEMBA

Aufgefallen

Auf den Hund gekommen – Österreichs Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen

von Christian Theiss



Am 20. Juni war Weltflüchtlingstag. Wieder einmal so ein Gedenktag, der eher unbeachtet vorübergeht und allenfalls von den „Gutmenschen“ wahrgenommen wird. Nicht so nett wie der Tag des Apfels oder der Welttierschutztag, der ja teilweise sogar in den Schulen abgefeiert wird. Da fehlt halt gewissermaßen der Putzigeitsfaktor, und in besonderem Maße geht dieser den unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen ab.

Fremd, unbegleitet, hilfsbedürftig, unter 18 Jahren – die Chance, mit diesen Voraussetzungen sofort und bedingungslos Hilfe zu bekommen, steht denkbar schlecht. Es sei denn, man ist ein Hundewelp und kommt aus dem Tschad. Dann sind natürlich Millionen zu Tränen gerührt und auf der Tierseite einer bekannten Tageszeitung wird eine Petition vorbereitet, die sogar das Parlament beschäftigt.

Kommt man aber aus Albanien und ist allein und erst 16, so ist man a) vielleicht doch schon über 18 und lügt wegen des Alters, b) eventuell ein Wirtschaftsflüchtling, c) potentiell kriminell und d) liegt uns Steuerzahlern auf der Tasche. Schluss mit putzig!

Es stimmt: Qualitätsvolle Betreuung ist aufwändig und verursacht ein paar Kosten. Aber minderjährige Flüchtlinge, die mutterseelenallein und oftmals traumatisiert nach einer langwierigen Odyssee in Österreich gestrandet sind, brauchen professionelle Unterstützung bei der Bewältigung ihrer Situation und Rahmenbedingungen, die ihnen neue Perspektiven er-

öffnen. Der Betreuungsbedarf in sozialpädagogischer, medizinischer, psychotherapeutischer und schulischer Hinsicht ist hoch und viel zu wenig Kinder und Jugendliche erhalten ihn. Die Grundversorgung (wie für Erwachsene) reicht für gewöhnlich nicht – genauso wie bei allen anderen Kindern/Jugendlichen.

Die neue Fremdenrechtsnovelle macht diesen jungen Menschen das Leben noch schwerer. **Denn in der Öffentlichkeit, in den Medien und neuerdings in der Politik werden Asylwerber vorwiegend als integrierungsunwillige Sozialschmarotzer oder Kriminaltouristen wahrgenommen.**

Es ist notwendig, zu einer etwas differenzierteren Betrachtungsweise zu gelangen. Die Gründe, warum Menschen nach Österreich kommen, sind vielfältig. Der Großteil dieser Menschen – gerade bei den unter 18-Jährigen – ist redlich und bereichert unsere Gesellschaft. **Kriminalität bekämpft man am wirksamsten mit guter Polizeiarbeit und nicht mit schärferen Asylgesetzen**, die jenen die Daumenschrauben ansetzen, die ohnehin schon in einer Notsituation sind.

Ein bisserl weniger fürchten und ein bisserl genauer hinschauen auf die Fakten ist angesagt! und dieser Trend muss von der Politik ausgehen ... (genauso wie beim Hund aus Tschad)

Christian Theiss ist steir. Kinder- und Jugendanwalt

Betreutes Wohnen für SeniorInnen in Scheifling

Die Frage „Wohin im Alter?“ ist für die Marktgemeinde Scheifling gelöst. Seit Anfang 2009 ist das neue Haus für Betreutes Wohnen in Betrieb und am 24. April wurde es feierlich eröffnet. In ihren Grußworten drückten die anwesenden Politiker, Bundesrat **Günter Kaltenbacher**, LAbg. **Johann Bacher** und Bgm. **Christian Göttfried** ihre Freude über dieses gelungene Projekt einer modernen Altenhilfe aus. Dir. **Gerhard Königsberger**, Geschäftsführer der ÖWG, lobte die gute Zusammenarbeit mit den Architekten und der Baufirma Zechner. Die neuesten Erkenntnisse der Wohnbedürfnisse von SeniorInnen wurden planerisch und baulich sehr gut realisiert. Die gemeinnützige Betreibergesellschaft „Miteinander leben GmbH“ freut sich darüber, dass alle elf Wohnungen bereits vermietet sind. „Da sich viele

der neuen MieterInnen bereits seit Jahrzehnten kennen, war das Eingewöhnen in die neue Wohnumgebung nicht schwer“, so **Elke Merl**, Geschäftsführerin der Miteinander leben GmbH, die darauf hinweist, dass weitere betreute SeniorInnenwohnungen in Bau sind, und zwar in Mellach und Mureck. Informationen: www.miteinander-leben.at



Am 30. Mai lud Mag.^a **Monika Hirschmugl-Fuchs** von miraconsult e. U. zu einem Mehrwert-Benefizkonzert ein. Der Abend war eine „kabarettistisch-musikalische Draufgabe“, die sich die Unternehmerin selbst und den zahlreichen BesucherInnen zum Geschenk gemacht hat.



Kunst schafft Aussichten

In den Gängen des Sozialamtes fand am Abend des 16. Juni 2009 die Eröffnung der Ausstellung „Kunst schafft Aussichten“ in der Galerie Zwischenbilder statt. Die vier Künstlerinnen und Künstler, **Matthias Grasser**, **Patrick Kopfauf**, **Gerhard Neunteuf** und **Berta Völker** kommen aus unterschiedlichen Lebensbereichen, doch gemeinsam ist ihnen die Entdeckung der Kunst als Ausweg aus schwierigen Lebenssituationen.

Zur Eröffnung sprach GRⁱⁿ **Waltraud Haas-Wippel**, die betonte: „Erst im Wissen um unsere Zerbrechlichkeit und Verwundbarkeit liegt unsere Kraft und Bedeutung, denn sie macht uns sensibel, empfindsam, durchlässig und lässt uns die Welt sehen und fühlen“. Zugleich führte sie aus dass „Malerei ein Weg ist,

um das Gleichgewicht zu finden und eine direkte Verbindung zu Menschen herzustellen.“ Die Künstlerinnen und Künstler erlebten den Prozess des Malens als Befreiung und Offenbarung und entwickelten dabei kraftvolle, eigenständige Bildkonzeptionen. Die Ausstellung ist noch bis 20. Juli zu sehen.



10 Jahre Kompetenz Sozial-Ökonomische BetriebsgmbH



Im Juni 2008 feierte die Kompetenz, Sozial-Ökonomische BetriebsgmbH, im Beisein einer Vielzahl von Gästen aus Politik, Wirtschaft und dem Sozialbereich ihr 10-jähriges Firmenjubiläum. Zehn Jahre soziale Verantwortung für benachteiligte und behinderte Menschen wurden im Rahmen der Festreden gewürdigt. **Anton Krammer**, Begründer und Geschäftsführer

der Kompetenz, durfte unter anderem Sozialreferent LH-Stv. **Kurt Flecker** (siehe Bild) begrüßen. Mit der Gründung der Kompetenz verfolgte Krammer vor zehn Jahren eine Vision, nämlich behinderten und benachteiligten Menschen die Möglichkeit zu geben, sich entsprechend ihrer Fähigkeiten zu entwickeln und Kompetenzen im zwischenmenschlichen und beruflichen Bereich aufzubauen. Was vor 10 Jahren mit 12 MitarbeiterInnen begann, ist heute ein Betrieb mit drei Standorten und 210 MitarbeiterInnen. In zehn Jahren wurden 379 Menschen betreut, 277 beruflich qualifiziert, 42 Jugendliche haben eine Lehre abgeschlossen und 79 Menschen konnten in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, die Wohnbetreuungsmaßnahmen haben 219 Menschen in Anspruch genommen.

Mindestsicherung soll 2010 kommen

Bei einem Treffen der Sozialverantwortlichen der Bundesländer in Graz standen zwei aktuelle Themen auf der Tagesordnung: Zur Mindestsicherung vertraten die SoziallandesrätInnen die einhellige Meinung (zu einem Beschluss kam es nicht, da der Kärntner Ressortverantwortliche Ragger nicht mitstimmte), die Mindestsicherung müsse raschest eingeführt und das mit Ex-Minister **Erwin Buchinger** ausgehandelte Paket dürfe nicht wieder aufgeschürt werden. Der steirische Soziallandesrat **Kurt Flecker** drängt auf eine Einführung mit 1. Jänner 2010, Sozialminister **Rudolf Hundstorfer** hält das zweite Halbjahr 2010 für realistisch.

Vorschläge zur Neuorganisation der Pflege-Finanzierung – derzeit fließen 88% der Sozialhilfe in den Pflegebereich – soll eine Arbeitsgruppe bis Ende 2010 vorlegen. Flecker hatte ursprünglich ein steuerfinanziertes Modell präferiert und eine widmungsgebundene Vermögensbesteuerung zur Finanzierung vorgeschlagen; da sich die Koalition darüber einig ist, dass es keine neuen Steuern geben soll, soll nun ein Pflegefonds unter Beteiligung der Länder und des Bundes eingerichtet werden. Wie die über den jetzigen Bedarf hinausgehenden zusätzlichen Mittel aufgetrieben werden sollen, will Minister Hundstorfer erst diskutieren, „wenn die inhaltlichen Fragen geklärt sind“.

Migration: Die Kompetenz der Aufnahmegesellschaft erhöhen

Den Herausforderungen der Arbeitsmarktintegration von Flüchtlingen und MigrantInnen in Zeiten der Wirtschaftskrise widmete sich eine internationale Tagung von ISOP – Innovative Sozialprojekte in Graz. Eine konsequente Antidiskriminierungspolitik sowie eine Verbesserung der Aufnahmekompetenz der Gesellschaft waren zwei der zentralen Themen, die diskutiert wurden.

Bestehende Probleme werden in der Wirtschaftskrise noch sichtbarer: Fünfzig Jahre nach Beginn der Anwerbepolitik in Österreich haben MigrantInnen nach wie vor eine Pufferfunktion am Arbeitsmarkt. Unter LeiharbeiterInnen sind sie überproportional oft vertreten, entsprechend gehören sie zu den ersten, die gekündigt werden. In der Steiermark ist die Situation von MigrantInnen im Bundesländervergleich besonders dramatisch, konstatierte der Migrationsforscher **August Gächter** vom Zentrum für soziale Innovation. Auch die angebliche besondere Betroffenheit von Männern hält einer näheren Betrachtung nicht stand. Ein Blick auf einen Zeitraum von fünf Jahren zeigt ein ganz anderes Bild, nämlich das einer vergleichsweise viel schlechteren Lage von Frauen mit Migrationshintergrund am Arbeitsmarkt. Die strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen durchzieht die gesamte Gesellschaft. Die Ausbildung von LehrerInnen im Jahr 2009 findet statt, als ob es niemals Migration gegeben hätte, so Gächter. Ähnlich düster sieht es aus, was den Zugang zum Arbeitsmarkt betrifft. Diskriminierungstests in verschiedenen Ländern der Europäischen Union haben gezeigt, dass über vierzig Prozent der Arbeitgeber bei der Vergabe von offenen Stellen diskriminieren. Ein leichter Akzent reicht dafür schon aus, berichtete Gächter, der seit Jahren als Konsulent des internationalen Arbeitsamtes, der ILO, an einschlägigen Studien mitarbeitet. Besonders wichtig sei deswegen eine

Abkehr vom Defizitansatz, wonach die Opfer schuld sind und nicht die Täter und ihr Verhalten am Arbeitsmarkt. Das Gegenteil vom Defizitansatz besteht im Wahrnehmen von Hindernissen im Bildungssystem und in der Arbeitswelt. Der alltäglichen Diskriminierung und dem Ausschluss von Informationsflüssen und wichtigen Netzwerken kommt in dem Zusammenhang eine wichtige Rolle zu. „Arbeitgeber brauchen Hilfe durch den Gesetzgeber und auch symbolische Unterstützung vom Landeshauptmann, dass Diskriminierung nicht akzeptabel ist“, hielt Gächter pointiert fest.

Trotz Diskriminierung häufig gelungene Integration. Der Defizitansatz und ein gesellschaftlicher Diskurs, nicht nur ein rassistischer, sondern oft auch ein durchaus gesellschaftskritischer, wie er von NGOs gepflegt wird, verstellt nicht selten den Blick darauf, dass trotz widriger Rahmenbedingungen häufig gelungene Integration nicht wahrgenommen wird. Dadurch wird Migration darauf reduziert, immer als problematisch wahrgenommen zu werden, was nicht der Realität entspricht. „In Wien würde ich schätzen, dass ein Viertel der Bevölkerung, die aus der türkischen Einwanderung stammt, und 40 bis 50 Prozent jener aus der jugoslawischen Einwanderung bereits in die Mittelschicht aufgestiegen sind“, betonte Gächter. Und weiter: „Ein Teil hört dadurch auf, als „Ausländer“ wahrnehmbar zu sein. Das heißt, niemand nimmt den Aufstiegserfolg wahr, niemand wird in die Lage versetzt zu sagen, dass da ein Integrationserfolg ist. Der andere Teil, der Wert darauf legt, weiterhin oder jetzt erst recht sichtbar zu machen, dass sie etwas mit der Einwanderung der letzten 50 Jahre zu tun haben, wird wiederum nicht als Mittelschicht wahrgenommen, obwohl sie es geworden sind. Das heißt, auch da wird der Integrationserfolg übersehen. Und so glaubt dann die Gesellschaft uni-



August Gächter, Metin Okyay (Sozialamt der Stadt Graz), Hannes Graf (AMS Graz), Robert Reithofer (ISOP): Strukturelle Diskriminierung von MigrantInnen beenden! Foto © Tobias Ehrhardt

sono, es gebe keinen Integrationserfolg. Am schwersten, glaube ich, tun sich Beraterinnen und Berater, weil sie immer nur mit Problemen zu tun haben. Dass das nur ein ganz kleiner Ausschnitt der Bevölkerung ist, der mit diesen Problemen belastet ist, hören sie, meiner Erfahrung nach, nicht gerne.“

Kompetenzen von MigrantInnen sichtbar machen. Ein erfolgreiches Modell zur Integration von Flüchtlingen in den Niederlanden präsentierte **Henk Nijhuis**, leitender Mitarbeiter im Dutch Council for Refugees. Die Idee, aus der das Projekt Emplooi resultiert, ist einfach und erfolgreich zugleich. Pensionierte ManagerInnen

und UnternehmerInnen unterstützen als MentorInnen Flüchtlinge bei der Arbeitssuche. Dies geschieht in enger Kooperation mit den Sozial- und Arbeitsämtern in den jeweiligen Kommunen. Arbeitsmarkt- und Integrationspolitik wird in den Niederlanden – anders als in Österreich – stark dezentralisiert und mit entsprechenden Ressourcen ausgestattet als Aufgabe der Gemeinden gesehen. Aus Erfolgen und von guten Beispielen lernen: Dieses Anliegen äußerte auch **Wolfgang Erler** vom deutschen Netzwerkprojekt anakonde – Integration durch Qualifizierung. „Institutionelle und mentale Filter machen mitgebrachte Qualifikationen von MigrantInnen oft unsichtbar oder

werten sie ab“, so Erler. Besondere Bedeutung kommt deswegen Maßnahmen der beruflichen Kompetenzprofilerhebung zu. Vor diesem Hintergrund müssen systematisch betriebliche Partnerschaften und Nach- und Anpassungsqualifizierungen weiter entwickelt werden. Voraussetzung für einen breiteren Erfolg entsprechender Projekte ist die Verankerung einer klaren antidiskriminatorischen Politik. In den Worten der Erwachsenenbildnerin **Barbara Schröttner** geht es letztlich darum, mit einem kosmopolitischen Lokalismus ernst zu machen und transnational denken und handeln zu lernen.

| Robert Reithofer

MigrantInnen fordern mehr gesellschaftliche Teilhabe



Ein ungewohntes Bild: Der Grazer Gemeinderatssaal „besetzt“ von VertreterInnen von MigrantInnen-Organisationen

Am 5. Juni gehörte der Grazer Gemeinderatssaal jenen, die sonst von der Gemeindepolitik kaum (und wenn, dann in der Hauptsache als Problem) wahrgenommen werden: Den in der steirischen Landeshauptstadt lebenden MigrantInnen. Im Rahmen des vom MigrantInnenbeirat durchgeführten EU-Projektes „Mariantal“ (in Anlehnung an die berühmte gleichnamige historische Studie von Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel) diskutierten ExpertInnen, Betroffene und zuständige PolitikerInnen einen halben Tag lang über Stadtteilarbeit, Arbeitsmarktprobleme, Bildung und Vernetzung.

Schon im Vorfeld der Veranstaltung gab es eine Reihe von Workshops, an denen an die 150 Personen aus den verschiedenen MigrantInnen-Vereinen teilgenommen hatten; im Zentrum stand dabei die Stärkung der Selbstorganisation. „Durch meine berufliche Erfahrung weiß ich, wie wichtig die Selbstorganisation der Leute ist. Sie sollen wissen, an wen sie sich wenden können“, sagt z.B. Mag.^a **Edith Abawe** aus Ruanda, die vor 13 Jahren nach Österreich gekommen ist und hier Soziologie studiert hat. Zu diesem Zweck, erläuterte DI **Kheder**

Shadman, Geschäftsführer des MigrantInnenbeirates, in seinem Einleitungsreferat, wurde nun die Installation von Kontaktpersonen in Angriff genommen – zwei davon stellt jede/r der teilnehmenden Vereine, jeweils einen Mann und eine Frau. Sie sind GesprächspartnerInnen bei allen Arten von Kooperationen mit der Politik oder auch dem AMS. Der Migrationsforscher Mag. **August Gächter**, der zum Thema der Integration von MigrantInnen am Arbeitsmarkt referierte, konstatierte unter anderem, dass nicht einmal die perfekte Beherrschung der deutschen Grammatik vor Diskriminierung am Arbeitsplatz schütze – „schon ein leichter Akzent verringert die Jobchancen.“ Die Erziehungswissenschaftlerin Mag.^a **Annette Sprung** analysierte die derzeitige ungenügende Förderung von MigrantInnen-Kindern als ursächlich für deren schlechteres Abschneiden bei schulischen Leistungstests; besonders kritisierte sie, dass die Kinder selbst als „Problemverursacher“ abgestempelt würden. Diejenigen, die solche Etikettierungen benutzen, sollten sich fragen, „welche Auswirkungen eine solche Etikettierung auf das Selbstkonzept der SchülerInnen und auf die Interaktionen zwischen

LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern hat“, forderte Sprung. ISOP-Geschäftsführer Mag. **Robert Reithofer** unterstrich die Notwendigkeit, bessere Rahmenbedingungen für die sozialen Netzwerke der Selbstorganisation der MigrantInnen und die NGOs zu schaffen; es gehe um nicht weniger als um eine Neuerfindung der Kommunalpolitik mit dem Ziel des Abbaus sozialer Ungleichheit und Ausgrenzung.

In den anschließenden Workshops erarbeiteten die TeilnehmerInnen – mehr als die Hälfte von ihnen in Graz lebende MigrantInnen – eine Maßnahmenempfehlung an die Politik, die sie bei der abschließenden Diskussionsrunde an die daran teilnehmenden PolitikerInnen – LAbg. **Gerhard Rupp** in Vertretung von LHStv. **Kurt Flecker**, GR **Thomas Rajakovics** in Vertretung des Bürgermeisters, Vizebürgermeisterin **Lisa Rücker**, die StadträtInnen **Elke Edlinger** und **Elke Kahr** und Stadtrat **Mario Eustacchio** – überreichten. Das ausführliche Dokument kann von der Homepage des MigrantInnenbeirates (www.graz.at/politik, auf die Rubrik MigrantInnenbeirat klicken) heruntergeladen werden.

| cs

Schule: Leistung zählt nicht viel, die Herkunft schon viel mehr

Der eben veröffentlichte Österreichische Bildungsbericht 2009 – der erste seiner Art – enthält eine Fülle brisanter Fakten. Das KORSO SozialFORUM stellt hier einige davon vor, vorrangig jene, die ein Licht auf die Zusammenhänge zwischen sozialer Herkunft und Bildungsweg werfen.

Wenig Zusammenhänge zwischen Leistung und Leistungsgruppen-Einstufung. Die heißeste Diskussion in der Schulreformdebatte wird nach wie vor um die Frage geführt, ob die 10- bis 14-Jährigen weiterhin in vier unterschiedlichen Gruppen (AHS und die drei Leistungsgruppen der Hauptschule) unterrichtet werden sollen. Die Befürworter der Trennung argumentieren damit, dass SchülerInnen unterschiedlicher Begabung und Leistung aus Effizienzgründen getrennt unterrichtet werden müssten. Schon die PISA-Ergebnisse zeigten aber, dass diese Einteilung nur sehr peripher etwas mit Leistung zu tun hat. Im zweiten Band des Nationalen Bildungsberichtes analysiert der Linzer Erziehungswissenschaftler und Universitätsprofessor **Ferdinand Eder** nun die Überschneidungen zwischen den Leistungsgruppen anhand einer Untersuchung aus dem Jahre 2007 – und kommt zu Ergebnissen, welche die TraditionalistInnen vor allem der AHS-Lehrer-Gewerkschaft eigentlich verstummen lassen müsste: Abgesehen davon, dass in der untersuchten Kompetenz (sinnerfassendes Lesen englischer Texte) die Leistungen der gesamten ersten Leistungsgruppe der Hauptschule denen der AHS nahezu deckungsgleich entsprachen, gab es auch signifikante Überschneidungen des Leistungsniveaus zwischen der AHS und der zweiten und dritten Leistungsgruppe der Hauptschulen: 12% der SchülerInnen der dritten Leistungsgruppe würden mit ihren Leistungen zu den besseren 85% der AHS gehören; in Mathematik wären es sogar 32% – eine schreiende Ungerechtigkeit angesichts der Tatsache, dass diesen Kindern jeglicher beruflicher Aufstieg von vornherein verwehrt ist: „Fast die Hälfte der SchülerInnen aus der zweiten Leistungsgruppe und etwa ein Viertel aus der dritten Leistungsgruppe fallen in den Wertebereich der AHS, ziehen daraus aber keine Berechtigung“, unterstreicht Eder. Umgekehrt würden etwa in Mathematik ganze 6% der AHS-SchülerInnen in der schlechteren Hälfte



Soziale und ethnische Herkunft und der Bildungshintergrund der Eltern spielen eine große Rolle bei der schulischen Einstufung – die Leistung spielt dabei nicht jene Rolle, die ihr angeblich zukommt.

te der dritten Leistungsgruppe der Hauptschule liegen – und 18% in der schlechteren Hälfte der zweiten Leistungsgruppe. Entsprechend sind natürlich auch „die gesetzlich eingeführten Umrechnungsregelungen zwischen den Noten der Leistungsgruppen sachlich nicht adäquat. ... Besonders in der zweiten und dritten Leistungsgruppe besteht zwischen extern gemessenen Kompetenzen und den Fachnoten praktisch kein Zusammenhang mehr.“

Bildung der Eltern und soziale Herkunft zählen mehr als Leistung. Gute Leistungen führen also keineswegs automatisch zum Besuch einer AHS; im schlimmsten Fall landen die betreffenden SchülerInnen sogar in der dritten Leistungsgruppe, der absoluten Sackgasse für alle Bildungs- und Karrierechancen. Umgekehrt besuchen manche SchülerInnen, die in der dritten Leistungsgruppe zu den Schlechteren zählen würden, die AHS; das heißt, nicht Leistungen sind entscheidend für die Einstufung, sondern andere Kriterien. Welche das sind, lässt sich auch dem Bildungsbericht entnehmen: Kinder, deren Eltern (bzw. zumindest ein Elternteil) über eine abgeschlossene Hochschulbildung verfügen, werden je nach Geschlecht 25- bis 30-mal

wahrscheinlicher eine AHS besuchen als Kinder, deren Eltern nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen; bei Kinder, deren Eltern Maturaniveau haben, beträgt dieser Faktor 7,3 bei Mädchen und 9,7 bei Burschen. Die Annahme, dass regionale Unterschiede eine Rolle spielen – dass also Stadtkinder tendenziell eher die AHS/BHS, Landkinder eher die Hauptschule besuchen, bestätigt sich übrigens nicht; am Land übernimmt die BHS die Rolle der AHS.

An den Universitäten setzen sich die durch die soziale Herkunft bestimmten Ungleichheiten fort: Während gerade 9% der Väter-Generation der heutigen Studierenden über einen Hochschulabschluss verfügen, haben 25% der Väter der aktuellen Studierendengeneration einen Vater, der bereits selbst eine Hochschule absolviert hat. Und: Während 31% der Väter-Generation beruflich als Arbeiter tätig sind, stammen nur 9% der Uni- und Fachhochschul-Studierenden aus Arbeiterfamilien. Deutlicher lässt sich nicht zeigen, dass Bildungsherkunft und die Position der Eltern in der sozialen Hierarchie ein entscheidendes Kriterium bei der Verteilung von Bildungschancen darstellt.

Das österreichische Schulsystem versagt gegenüber der „zweiten

Generation“. Es gibt aber noch andere soziale Kriterien, die sich auf die schulische Karriere auswirken: In Österreich als Kind von MigrantInnen geboren zu sein, ist für den Erwerb von Lese-Kompetenz so ziemlich die schlechtestmögliche Voraussetzung – wesentlich schlechter noch, als wäre man eben selbst erst aus dem Ausland in die Alpenrepublik eingewandert. Ein Phänomen, das nur in Österreich und – allerdings in weniger drastischem Ausmaß – in Deutschland und Slowenien auftritt; in allen anderen Ländern verhält es sich so, wie man es annehmen würde: Die Kinder der Einwanderer profitieren vom Schulsystem und lesen besser als ihre Eltern. „Derzeit gelingt es dem österreichischen Schulsystem ... nicht ausreichend, Schüler/innen mit Migrationshintergrund, die ihre gesamte Sozialisation und Schullaufbahn in Österreich verbracht haben, hinlänglich mit anschlussfähigen Grundkompetenzen auszustatten“, sagt die Salzburger Erziehungswissenschaftlerin **Simone Breit**. Und die Problematik spitzt sich zu: Im Jahre 2000 erreichten einheimische 502 PISA-Punkte in der Kompetenz „sinnerfassendes Lesen“ (in Kanada waren es übrigens 532), Schulkinder mit Migrationshintergrund, die im Ausland geboren wurden, kamen auf

398 Punkte, in Österreich geborene Kinder mit Migrationshintergrund auf 429 Punkte. 2006 zeigt bereits ein völlig anderes Bild: Die Lesekompetenz der einheimischen Schulkinder stagnierte bei 499 Punkten, im Ausland geborene Kinder erreichten 451 Punkte, im Inland geborene Kinder aus ausländischen Familien aber nur mehr 420 Punkte. In Mathematik und in den Naturwissenschaften liegen die Verhältnisse ähnlich.

Frühe Selektion und soziale Ablehnung senken die Leistungen. Besonders erschreckend ist, dass Kinder mit Migrationshintergrund wesentlich häufiger die Schule abbrechen – MigrantInnen der ersten Generation zählen nahezu 30% SchulabbrecherInnen, einheimische SchülerInnen bloß 4,3%. Und: Kinder mit Migrationshintergrund – vor allem aus der Türkei – haben eine mehr als doppelt so große „Chance“ wie einheimische SchülerInnen, in der Sonderschule zu landen bzw. sonderpädagogischen Förderbedarf zuerkannt zu bekommen, mit allen Auswirkungen auf den weiteren Bildungsweg. Und das, obwohl sie zum Teil höher motiviert sind als ihre einheimischen AltersgenossInnen, wie die Migrationsforscherinnen **Barbara Herzog-Punzenberger** und **Anne Unterwurzacher** in ihrem Beitrag zum Bildungsbericht erläutern. Die Gründe dafür, dass dieses Potenzial zum Schaden der Betroffenen und zum Schaden der Volkswirtschaft verkümmert, liegen zu einem Gutteil in unserem früh selektierenden Schulsystem: In den Ländern mit Gesamtschulsystem weisen SchülerInnen mit Migrationshintergrund deutlich bessere Leistungen auf und sind wesentlich stärker unter den SpitzenschülerInnen und weniger unter den RisikoschülerInnen vertreten als in den Ländern mit früher Selektion wie Österreich. Ein weiterer Grund dürfte aber auch schlichtweg in der Ablehnung von Menschen mit Migrationshintergrund liegen, meinen Punzenberger und Unterwurzacher: „Wird Pluralisierung hauptsächlich negativ diskutiert und werden Einwanderern/Einwanderinnen in der Öffentlichkeit als Bedrohung stilisiert, so ist anzunehmen, dass es für die SchülerInnen mit Migrationshintergrund schwieriger ist, sich selbst als erfolgreicher Teil dieser Gesellschaft zu sehen.“

| Christian Stenner

Österreichischer Bildungsbericht: Neue Fakten für die Bildungspolitik

Der Herausgeber des Nationalen Bildungsberichtes, **Dr. Werner Specht**, im KORSO-Gespräch. Die Fragen stellte **Christian Stenner**.

Zum ersten Mal wird das österreichische Bildungswesen umfassend in einem Bildungsbericht auf seine Stärken und Schwächen untersucht; in anderen Ländern ist das schon länger üblich.

Nun, es gab schon Ähnliches, auch in Österreich – z.B. statistische Aufbereitungen von bildungsrelevanten Kennzahlen. Neu ist, dass wir dem statistischen Teil eine wissenschaftliche Expertise beigegeben haben, die eine Interpretation dieser Daten ermöglicht.

War diesmal auch das Interesse der politischen Entscheidungsträger vor-

handen? In der Vergangenheit hatte man ja den Eindruck, dass man sich auf höchster Ebene wenig um die Fakten kümmerte und Bildungspolitik bloß nach ideologischen Vorgaben gestaltete.

Ja, das Interesse an wissenschaftlichem Systemwissen von Seiten der Politik ist eindeutig gewachsen, wir haben einen internationalen Trend zur Evidence-based Policy, auch auf der bildungspolitischen Ebene. Es gibt das Interesse, wissenschaftlich fundiertes Wissen für die Politikberatung zu nutzen.

Zum Inhalt: Welche Stärken, welche Schwächen des Bildungssystems identifiziert der Bildungsbericht?

Zunächst: Der Bildungsbericht ist sehr differenziert und eignet sich nicht für plakative Aussagen. Aber wenn Sie



Werner Specht, Leiter des BIFIE Graz: „Bildungspolitik zeigt Interesse an wissenschaftlich fundiertem Wissen“

schon die Frage stellen: Was die Stärken betrifft, so haben wir im europä-

ischen Vergleich recht wenige Schulabbrecher, der Anteil derjenigen, die die Sekundarstufe II abschließen, ist recht hoch; und auch die Integration von Kindern mit Behinderung funktioniert besser als anderswo in Europa. Die größten Schwächen kennen wir seit PISA, sie bestätigen sich wieder: Es gibt einen relativ hohen Anteil an so genannten RisikoschülerInnen, die nicht genug lernen, um später ihr Leben zu bewältigen. Und: Die Chancen im Schulwesen weiterzukommen sind sehr stark von der sozialen Herkunft abhängig.

Und es kommt zu einer Ressourcenverschwendung durch die vielgliedrige Schulverwaltung.

Ja, diesem Befund ist nichts hinzuzufügen; die Frage ist, wie stark die genannten Zahlen zum Handeln auffordern.

Ohne entsprechendes öffentliches Interesse wird sich trotz Evidenzbasierung nichts ändern ...

Dieser Bericht entstand im Auftrag der Bildungspolitik und beinhaltet die Aufforderung an die WissenschaftlerInnen, sich über die zentralen Themen des Bildungswesens Gedanken zu machen. Die Politik ist nicht dazu verpflichtet, daraus Handlungen abzuleiten.

Dr. Werner Specht ist Leiter des Zentrum Graz des Bundesinstituts für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens (BIFIE) und Herausgeber des Nationalen Bildungsberichtes.

Werner Specht (Hrsg.), Nationaler Bildungsbericht Österreich 2009. Band I: Das Schulsystem im Spiegel von Daten und Indikatoren. Band II: Fokussierte Analysen bildungspolitischer Schwerpunktthemen. Graz: Leykam 2009.

Ich suche

- einen Job, der mir Spaß macht
- einen Job, mit dem ich mich identifizieren kann
- einen Job, der so bezahlt wird, dass ich auch davon leben kann



Ich biete

- eine abgeschlossene höhere Ausbildung an der AHS und der FH für Produktionstechnik & Organisation
- Motivation und Begeisterungsfähigkeit
- Freude an der Arbeit im Team
- Begeisterung für alles rund um Autos
- den JOBCONNECT-Scheck des Landes Steiermark

Über eine positive Antwort würde ich mich sehr freuen, Wolfgang Egger

CONNECTED! ✨

Junge SteirerInnen bis 27 Jahre, die eine mittlere oder höhere Ausbildung (AHS, BMS, BHS, FH, Uni) abgeschlossen haben, also auch Jugendliche, die ihr Studium abgebrochen haben, erhalten bei JOBCONNECT zusätzlichen Schwung für den Sprung ins Berufsleben.

- Professionelles Bewerbungscoaching
- Online-Jobbörse und Info-Portal
- Lohnkostenzuschuss bis zu 500 € pro Monat für ein halbes Jahr und 1000 € Förderung für Qualifizierungsmaßnahmen für das Unternehmen möglich, das Dich beschäftigt

**JOB
CONNECT**

Alle Infos auf www.jobconnect.at
und unter 0316 / 90 61 210

 Das Land
Steiermark

Eine Initiative
des Landes Steiermark.

Produktivität erhalten, Wettbewerbsfähigkeit steigern – mit Projekt „45+“

Projekt „Gesunde Energie“ bei den Pichler Werken

„Als EVU sind wir täglich mit dem Thema Energie befasst. Meist zwar im technischen Sinn, aber nicht zuletzt durch die oft schwierigen Arbeitssituationen für unsere Mitarbeiter spielt auch die persönliche Leistungsbereitschaft und Arbeitsfähigkeit eine grosse Rolle. Dazu kommt die zusätzliche Herausforderung, dass die physische und psychische Belastbarkeit jedes Menschen mit zunehmendem Alter eher abnimmt. Und gerade hier versuchen wir mit dem Projekt „Gesunde Energie“ unseren Mitarbeitern auf mehreren Ebenen zu helfen, diesen Anforderungen auch gerecht werden zu können. Der gemeinsam mit den Beraterinnen der ÖSB erarbeitete IST-Zustand der physischen und mentalen Einzelsituation unserer MA 45+ und die daraus ersichtlichen Schwachstellen und Verbesserungsmöglichkeiten haben es uns ermöglicht, ein längerfristiges Konzept für ein betriebliches Gesundheitsmanagement im Unternehmen aufzusetzen. Eine Reihe von konkreten Maßnahmen ist in der Zwischenzeit in Umsetzung. Wir sind überzeugt, dass gesunde Mitarbeiter ein wichtiger Faktor für den langfristigen Erfolg des Unternehmens sind. In diesem Sinne sind gerade Investitionen wie das laufende Projekt „Gesunde Energie“ eine gemeinsame Vorsorge für eine erfolgreiche Zukunft – und das besonders in Krisenzeiten.“
Mag. Walter Eisenschenk, Geschäftsführer, PW Stromversorgungsgesellschaft m.b.H. Werksweg 90, 8160 Weiz

Erfahrung im Betrieb zu halten und MitarbeiterInnen alter(n)sgerichtetes und zufriedenes Arbeiten zu ermöglichen, steigert die Wettbewerbsfähigkeit. Mit dem Projekt „45+“ beschreitet die Steiermark einen innovativen Weg, der Betriebe kostenfrei unterstützt, die Herausforderungen der Zukunft aus eigener Kraft zu bewältigen und auch der aktuellen Wirtschaftskrise gezielt entgegen zu treten.

„Gerade jetzt, in wirtschaftlich turbulenten Zeiten, ist die Förderung und Motivation der Belegschaft wesentlicher Bestandteil einer erfolgsorientierten Unternehmenspolitik. Verunsicherte MitarbeiterInnen bringen keine volle Arbeitsleistung – daher ist es jetzt wichtiger denn je, solide Zukunftsperspektiven zu vermitteln und sie in ihren eigenen Fähigkeiten zu stärken“, erklärt Dr. Diethard Schliber, stellvertretender Leiter des Bundessozialamts Steiermark, die Zielsetzung von Projekt „45+“.
Im Bewusstsein, dass das betriebliche Budget für derartige HR-Maßnahmen in Krisen-

zeiten schmaler als sonst ausfällt, fördern Bundessozialamt und europäischer Sozialfonds (ESF) das Projekt 45+ zur Gänze.

Das Konzept: MitarbeiterInnen können auch unter schwierigen Bedingungen gute Leistungen erbringen – wenn im betrieblichen Umfeld die entsprechenden Rahmenbedingungen vorhanden sind und sie wissen, wie sie ihre eigene Arbeitsbewältigungsfähigkeit positiv beeinflussen können. Somit hat das Projekt „45+“ auch das Ziel, das Gefühl von Selbstbestimmtheit und Wertschätzung zu vermitteln und Führungskräfte im bewussten Umgang mit den verfügbaren Ressourcen zu schulen.

Zudem zielt „45+“ auf die Förderung älterer MitarbeiterInnen im Betrieb ab, damit sie ihre beruflichen Aufgaben weiterhin gut, gerne und gesund bewältigen können. Schon jetzt gibt es Branchen, die massiven Fachkräftenachwuchsmangel zu beklagen haben. Darüber hinaus verändert sich die Altersstruktur der Gesamtbevölkerung und der KundInnen weiter, was die Erhaltung der

Gesundheit von MitarbeiterInnen nicht nur der Altersgruppe 45+ noch wichtiger macht – auch für den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg.

„Viele Unternehmen in der Steiermark müssen sich mit diesem Thema dringend und aktiv auseinandersetzen. In vielen Bereichen steht der Spargedanke aktuell stark im Vordergrund, zugleich gilt es aber, hochqualifizierte MitarbeiterInnen an das Unternehmen zu binden, um für den nächsten Aufschwung konkurrenzfähig zu



Dr. Diethard Schliber, Bundessozialamt: „Gerade in wirtschaftlich turbulenten Zeiten ist die Förderung und Motivation der Belegschaft wesentlicher Bestandteil einer erfolgsorientierten Unternehmenspolitik.“

bleiben. Das Bundessozialamt setzt hier an und ermöglicht den Betrieben, ohne neue Kostenbelastung aktiv in ihr Humankapital zu investieren – denn Stillstand gefährdet Arbeitsplätze“, so Projektleiterin **Susanne Zurl-Meyer** von der ÖSB Consulting GmbH. Die ÖSB setzt ihr beinahe 30-jähriges Beratungs-Know-how in Arbeitsmarktfragen im Projekt „45+“ ein.

Probleme erkennen, Lösungen finden: das Arbeitsbewältigungscoaching. Das persönliche Arbeitsbewältigungscoaching,

basierend auf den Forschungen des finnischen Wissenschaftlers Juhani Ilmarinen, kommt bei „45+“ als zentrales Element der betrieblichen Gesundheitsförderung zum Einsatz. In einem rund einstündigen Gespräch werden MitarbeiterInnen ermutigt, ihre eigene Arbeitssituation zu analysieren und auch selbst Verbesserungsvorschläge einzubringen.

Maßgeschneiderte Führungskräfte-Schulungen zu den Themen gesunde MitarbeiterInnenführung und alter(n)sgerichtetes Arbeiten liefern die Basis für die notwendige Sensibilität im Betrieb. Langzeitstudien belegen, dass das Verhalten der Vorgesetzten die größten Auswirkungen auf Arbeitsklima, Motivation und schließlich auch Gesundheit der MitarbeiterInnen aufweist. Bisherige Praxiserfahrungen der ÖSB mit insgesamt 400 TeilnehmerInnen in ganz Österreich haben gezeigt, dass die Arbeitsbewältigungscoachings von Betrieben wie Belegschaft gerne in Anspruch genommen

und äußerst positiv bewertet werden. Das Betriebsklima und der nunmehr bewusste Umgang mit eigenen Ressourcen führten schon in den Pilotprojekten zu deutlichen Verbesserungen und damit zur Akzeptanz derartiger Angebote auf Seite der Unternehmen und ihrer MitarbeiterInnen.

„Mit dem Projekt „45+“ wollen wir möglichst vielen steirischen Betrieben und ihren ArbeitnehmerInnen mehr Zuversicht und das Rüstzeug für die Zukunft geben, aktiv zur Verbesserung der Arbeitssituation und der Wettbewerbsfähigkeit beizutragen“, ruft Schliber interessierte Unternehmen zur Teilnahme auf.

Rückfragehinweis:
ÖSB Consulting GmbH
Mag. Susanne Zurl-Meyer
T: +43.316.381237-2551
Mobil: +43.699.1656.3560
E-Mail: susanne.zurl-meyer@oesb.at
www.oesb.at

Med-Uni Graz: „Konstruktiver, stärkender Input der älteren ArbeitnehmerInnen“

„In einer „Wissensorganisation“ wie der nachhaltigen Gesundheitsuniversität Med Uni Graz ist 45+ grundsätzlich und im wahrsten Sinne ein Pluspunkt, denn fundiertes Wissen lässt sich nicht innerhalb weniger Jahre generieren. Umso wichtiger ist es, die Gesundheit, Leistungskraft, aber auch Lebensfreude unserer erfahreneren MitarbeiterInnen möglichst lange aufrecht zu erhalten. Im Projekt erhielten wir Einblicke darüber, was sich unsere MitarbeiterInnen mit 45+ sowie deren Führungskräfte wünschen. Wieder einmal wurde bestätigt, wie wichtig die gute Beziehung zwischen MitarbeiterInnen und ihrer Führungskraft ist. Es ist der Personalentwicklung ein besonderes Anliegen, verstärkt im Bereich der gesunden Führung tätig zu werden. Positiv zu vermerken ist auch der konstruktive, stärkende Input der älteren ArbeitnehmerInnen sowie deren stabilisierender und ausgleichender Einfluss auf die Arbeitsumgebung. Hier ist es sehr wichtig, diese Ressourcen noch besser einzusetzen und wertzuschätzen. Weiters erhoffen wir uns, mit unserem „Med Uni in Bewegung – Gesundheitsförderungsprogramm“ die Med-Uni-MitarbeiterInnen künftig auch besser in den Bereichen Bewegung, Ernährung und Entspannung bedarfsorientiert begleiten zu können. Die Anregungen aus dem Projekt fließen direkt in die hausinterne betriebliche Gesundheitsförderung mit ein und sollen ab Herbst 2009 sukzessive umgesetzt werden.“
Mag. Helga Widowitz, Leitung der Stabstelle für Personalentwicklung der Medizinischen Universität Graz, Vizerektorat für Personal und Gleichstellung

„häfnkick“ hinter Gefängnismauern

Der Grazer Hobbyfußballverein FC Torpedo Ritter Graz startete Ende Juni eine außergewöhnliche Initiative: Als erster Hobbyverein von „draußen“ kickte man gegen die von „drinnen“ – eine Allstar Mannschaft, bestehend aus Insassen der Justizanstalt Graz-Karlau.

Die Diskrepanz zwischen dem Einst und Jetzt könnte größer kaum sein: Dereinst erbaut unter Erzherzog Karl II. im 16. Jahrhundert diente das Gebäude der heutigen Justizanstalt Graz-Karlau in ihrer Frühzeit als Jagd- und Lustschlösschen. Heute gehen die Uhren anders: Das einstige Schloss mit dem Anspruch auf privates Vergnügen abseits des Hofzeremoniells ist nunmehr Teil des Strafvollzugs: Mit 522 Haftplätzen ist die Karlau das drittgrößte Gefängnis des Landes. Ebendort folgt der Alltag der Insassen einer gewissen Systematik, die Freizeitgestaltung bietet den Häftlingen eine zumeist willkommene Abwechslung im ansonsten starr reglementierten Alltag. Dabei spielt der Fußball eine zentrale Rolle, verfügt die Karlau doch über eine eigene Betriebsmeisterschaft. Hierfür bestreiten acht Fußball-Mannschaften mit durchschnittlich 12 Fußballern einen Ligabetrieb, von Montag bis Freitag findet täglich je ein Meisterschaftsspiel statt. Eine Auswahl

der Fußballer dieser Mannschaften stellte sich nun dem Team des FC Torpedo Ritter Graz – in einem Fußballspiel am Kleinfeld.

Gefängnisalltag. „Wir hatten bereits vor einem Jahr die Idee, ein Fußballspiel gegen ein Team aus der Karlau zu spielen“, sagt **Florian Simon** von Torpedo Ritter, der das Projekt gemeinsam mit seinem Vereinskollegen **Stefan Marschnig** initiierte und ferner koordinierte. Die Intention sei dabei von Anfang an klar gewesen: „Wir wollten sehen, ob der Fußball in der Lage ist, die Barrieren zwischen ‚draußen‘ und ‚drinnen‘ zu überwinden“, sagt Marschnig. Von der eigenen Idee überzeugt, kontaktierten die Initiatoren des „häfnkick“ über einen persönlichen Kontakt zu einem Justizvollzugsbeamten die verantwortlichen Stellen der Anstalt; dabei sei man auf „offene Ohren“ gestoßen, erinnert sich Simon. „Dieses Spiel ist für die Insassen etwas ganz besonderes“, erzählt Hauptmann **Bernhard Rathmanner** von der Justizanstalt, der vor allem auf einen Punkt hinweist: „Dieses Spiel kommt einer Durchbrechung des Haftalltags gleich. Der Gefängnisalltag unterscheidet sich an 365 Tagen im Jahr ja nur marginal.“ Zudem seien die sozialen Kontakte der Insassen sehr beschränkt, das Gefühl nur am äußersten Rand der Gesellschaft

angesiedelt zu sein, allgegenwärtig. „Durch dieses eine Spiel können die Häftlinge wieder ein wenig am sozialen Leben ‚draußen‘ partizipieren“, sagt Rathmanner.

Sozialinitiativen. Im Übrigen: Das Spiel zwischen dem FC Torpedo Ritter Graz und dem Allstar Team der Karlau endete an diesem 26. Juni mit einem 5:3 Sieg für die von „drinnen“. Pläne für eine Intensivierung der Verständigung mit Hilfe des runden Leders sind am Tableau, von Seiten der Haftanstalt wurde mittlerweile eine Einladung zu einem weiteren Kick gegen eine andere Auswahl des Gefängnisses ausgesprochen. Auch über die Aufbereitung dieser Initiative macht man sich Gedanken: „Wir wären an einer filmischen Auseinandersetzung und Dokumentation dieses Zusammenkommens interessiert“, sagt Marschnig vom Grazer Hobbyfußballklub. In Hinkunft möchte man sich einmal im Jahr in den Dienst einer guten Sache stellen und mit Projekten samt sozialem Anspruch im weitesten Sinne auch unorthodoxe Wege gehen. Der unorthodoxe Weg hinter die Gefängnismauern hat als Anfang offenbar gefruchtet: „Wir wollten etwas von ‚draußen‘ mitbringen und etwas von ‚drinnen‘ mit rausnehmen. Ich denke, das ist uns gelungen“, sagt Marschnig.

| Gregor I. Stuhlpfarrer



Oben: Der FC Torpedo Ritter Graz; unten: Die Spieler des FC Torpedo Ritter gemeinsam mit der Allstar-Mannschaft der Justizanstalt Graz Karlau bei der Matchbesprechung nach dem „häfnkick“

BMⁱⁿ Heinisch-Hosek: Gleichstellung am Arbeitsmarkt ist wichtigstes Projekt



Landesrätin Bettina Vollath und Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek stellen gemeinsam den dritten Teil des steirischen Frauenberichtes vor.

Beim ersten Steiermark-Besuch von Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek Ende Juni stellte Landesrätin Bettina Vollath gemeinsam mit der Ministerin den dritten Teil des steirischen Frauenberichts zum Thema „Frauen und Bildung“ vor.

„In diesem Bericht wird sichtbar, dass Bildung bei weitem nicht nur in

der Schule stattfindet. Lernen beginnt mit der Geburt und wird durch Bildungseinrichtungen unterstützt und gefördert. Klar ersichtlich ist auch, dass unser Bildungssystem noch immer Geschlechterstereotypen fördert und überholtes Rollendenken tradiert“, sagt Landesrätin Bettina Vollath.

Junge Frauen wählen nach wie vor Schulen mit traditionell weiblichen

Ausbildungen – wirtschaftliche, sozialberufliche oder kaufmännische. Junge Männer hingegen sind in diesen kaum vertreten, sie finden sich in technischen Ausbildungszweigen. Auch in der Kindergartenpädagogik und als Pflichtschullehrer sind Männer so gut wie nicht zu finden. „Diese Unterschiede zwischen Mädchen und Burschen, zwischen Frauen und Männern, die überall in unserem Bildungssystem erkennbar sind, wirken sich auf das gesamte weitere Leben und den Karriereverlauf aus“, sagt Vollath. Ministerin und Landesrätin betonten die Wichtigkeit von geschlechtersensibler Pädagogik, mit besonderem Augenmerk auf die Ausbildung der KindergartenpädagogInnen und einem höheren Anteil an männlichen Rollenbildern in der frühen Pädagogik und Initiativen wie dem „Girls Day“ und dem „Boys Day“.

Einig waren sich die Politikerinnen auch bei der Forderung nach einer Frauenquote in Wirtschaft und Politik. Ministerin Heinisch-Hosek sagte bei ihrem Steiermark-Besuch dem Verein Frauenservice, der das Café Palaver betreibt, auch eine Förderung für das SexarbeiterInnen-Projekt zu, das vom Land Steiermark aus den Ressorts von LH-Stv. Kurt Flecker, LR Helmut Hirt und LRⁱⁿ Bettina Vollath gefördert wird.

Politik für Frauen trotz Krise

Frau Ministerin, wie kann sich Frauenpolitik unter den aktuellen krisenhaften Bedingungen entwickeln?

Ich war unlängst in Brüssel und dort war eine Referentin vom Europäischen Gewerkschaftsbund, die sehr klar und deutlich gesagt hat, dass die nächste Welle an Arbeitslosigkeit auch Frauen treffen wird. Die Nachfrage in den Dienstleistungsberufen, wo viele Frauen tätig sind, wird sinken, weil die Menschen sich weniger leisten können. Das heißt, wir müssen ganz besonders darauf achten, dass Frauen gerade in der Krise jetzt nicht zurückgedrängt werden. Ich werde mich sehr dafür einsetzen, dass auch weiterhin die Hälfte aller Finanzmittel für Arbeitsmarktpolitik für Frauen zur Verfügung gestellt wird, wie es auch im Regierungsprogramm festgehalten ist, damit sich Frauen, wenn sie ihre Arbeit verlieren, umschulen und weiterqualifizieren lassen können.

Werden Vorhaben wie Gender-Budgeting weiterhin Schwerpunkte sein, wenn Konjunkturpakete geschnürt werden, die primär der Bauwirtschaft zugute kommen, wo traditionell weniger Frauen arbeiten?

Derzeit sind rund 46% aller arbeitslosen Menschen in Österreich Frauen, trotzdem können wir noch 50% der

Mittel für sie verwenden. Das soll so bleiben, das geht sich gut aus. Als einziges Land haben wir Gender-Budgeting in der Verfassung verankert. Unsere Budgetplanungen ab 2013 – und im Probedurchlauf auch schon bis zu diesem Zeitpunkt – müssen und werden sich daran orientieren.

Ihre aktuelle Priorität ist die Gleichstellung von Frauen in der Arbeitswelt ...

Ich werde meine RegierungskollegInnen daran erinnern, was über mehrere Seiten im Regierungsprogramm steht, nämlich wie wir die Gleichstellung von Frauen und Männern am Arbeitsmarkt erreichen können. Und da stehen sehr deutliche Maßnahmen drinnen: Wie kann man Gehälter transparent darstellen? Wie kann man mehr Frauen in Führungspositionen bringen? Wie kann man mehr Frauen in Vollarbeitszeit bringen? Dazu gehört auch die Vereinbarkeit von Mutterschaft und Beruf: In Wien gibt es die höchste Rate von Frauen, die Vollzeit arbeiten, weil dort das dichteste Netz an Kinderbetreuungseinrichtungen existiert. Landesrätin Vollath ist da in der Steiermark auf dem besten Weg.

Mit Bundesministerin Gabriele Heinisch-Hosek sprach Doris Wilfinger.

Neues Magazin „HUM“ des Grazer Menschenrechtsnetzwerkes

Mitte Juni hat das Grazer Menschenrechtsnetzwerk gemeinsam mit steirischen Jugendlichen das Magazin und die DVD „HUM – Menschenrechte als gelebte Alltagskultur“ präsentiert. Beide Medien eignen sich als Lehr-, Lern- und Arbeitsmaterialien für Menschenrechtsbildung und Antidiskriminierungsarbeit in Schulen, Jugendeinrichtungen und Gemeinden.

Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus öffentlich aufzuzeigen ist notwendig, jedoch nicht hinreichend, um die Idee der Menschenrechte zur Alltagskultur werden zu lassen. Das Magazin und die DVD „HUM“ liefern Lern- und Arbeitsmaterialien in multimedialer Form für das alltägliche Menschenrechtstraining“, sagt Christian Ehetreiber, der als geschäftsführender Obmann der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus zusammen mit

Joachim Hainzl vom Verein XENOS für die Organisation und Koordination des Netzwerksprojekts verantwortlich zeichnet. Konkret enthalten sowohl das Magazin als auch die DVD Best-Practice der Menschenrechtsbildung in Form von Texten, Fotos und Videos. Inhaltlich sind Magazin und DVD in sechs Bereiche (Gleichstellung, Meinungsfreiheit, Freiheit der Person, Bildung, Glaubens-, Gewissens- und Religionsfreiheit und kulturelle Menschenrechte) gegliedert. Die verschiedenen Beiträge der ersten Ausgabe des Magazins, die in diese sechs Bereiche eingebettet sind, zeigen aktuelle Menschenrechtsverletzungen auf und bieten fundierte Informationen, die inhaltlich den Anspruch erheben, nicht an der Oberfläche zu verharren. So skizziert Peter Strasser, Universitätsprofessor am Institut für Rechtsphilosophie an der Karl-Franzens-Universität Graz, die vielseitigen Auswirkungen der Aufklärung auf Religion und legt verschiedene Argumente zur Begründung von Religionsfreiheit dar. Dabei steht für Strasser außer Zweifel, dass Moscheen, Synagogen oder christliche Kirchen gebaut werden dürfen: „Wer einer Religion, zumal einer staatlich anerkannten wie dem Islam, verbieten will, sich im Rahmen der universalistischen Moral unbehindert auszudrücken, der verhält sich selbst unmoralisch. Er negiert den Gedanken der Menschenrechte und damit die Basis unserer demokratischen Existenz.“ Einen weiteren spannenden Beitrag steuert Hans G. Zanger, Obmann der ARGE-Daten in Wien, bei. Er zeichnet jene gesellschaftliche Tendenz nach, die Freiheitsrechte unter dem Vorwand von Sicherheit und Terrorbekämpfung zunehmend zerstört und damit zu sozialer Kontrolle und Generalverdacht führt: „In Zukunft zählen nur mehr jene Subjekte, die als kreditwürdig genug bewertet werden, um am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“

Jugendliche Federführung. Am gesamten Projektprozesses von „HUM“ waren steirische Jugendliche maßgeblich beteiligt; sie führten Straßeninterviews durch und arbeiteten zudem in vielen verschiedenen Bereichen federführend mit. Sieben Studierende (Projektgruppe 7dag) der Fachhochschule Joanneum Graz verpassten dem Magazins beispielsweise ein zeitgemäßes Outfit. Einen weiteren Beitrag zum Gelingen des Projekts steuerten mehrere österreichische Künstler, Medienvertreter und Sportler bei. In kurzen Statements, die dem Magazin zusätz-

lich zum inhaltlichen Input auch in puncto Layout eine grafische Bereicherung sind, führen Alfred Dorfer, Jakob M. Erwa, Roman Gregory, Alfons Haider, Roland Düringer, Karl Merkatz, Barbara Rett, Schiffkowitz, Rainer Schönfelder und Jörg Martin Willnauer ihre persönliche Sicht zum Themenbereich Menschenrechte respektive Menschenrechtsverletzungen aus. „Rassismus ist kein Symptom, ist nicht nur an der Oberfläche, seine Wurzeln liegen in der Angst vor dem Unbekannten, Anderen“, sagt Kabarettist Alfred Dorfer. Christian Ehetreiber sieht in „HUM“ einen „Muntermacher, der daran erinnert, dass starke und leistungsfähige Sozialstaaten die wichtigste Schutzfunktion vor der neuen Renaissance von Rassismus und Rechtsextremismus darstellen.“



Und zur aktuellen Wirtschaftskrise: „Wer Millionen Menschen in die Massenarbeitslosigkeit und Armut treibt, der sollte sich am Ende nicht darüber wundern, wenn es zu einem Remake der 1930er Jahre kommt.“ Zum Menschenrechtsnetzwerk Graz zählen neben der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus und dem Verein Xenos noch das Lerncafé Gries/Lend der Caritas-Graz, das ETC Graz, das Friedensbüro Graz, die Gleichbehandlungswaltschaft, Helping Hands, ISOP, die Kinder- und Jugendanwaltschaft Steiermark, die Kulturvermittlung Steiermark und der Menschenrechtsbeirat der Stadt Graz. Gefördert wurde das Projekt „HUM – Menschenrechte als gelebte Arbeitskultur“ vom Kulturreisort des Landes Steiermark und der Österreichischen Gesellschaft für Politische Bildung. Das Magazin (Preis: 3,- Euro) und die DVD können bei der ARGE Jugend gegen Gewalt und Rassismus bezogen werden: Romana.Felser@argejugend.at bzw. 0316/877-4058.

| Gregor I. Stuhlpfarrer



ARGE Geschäftsführer Christian Ehetreiber: „Rassismus, Gewalt und Rechtsextremismus öffentlich aufzuzeigen ist notwendig, jedoch nicht hinreichend, um die Idee der Menschenrechte zur Alltagskultur werden zu lassen.“

Das neue Magazin HUM möchte gerade in Zeiten, in denen Rassismus und Rechtsextremismus Hochkonjunktur haben, verdeutlichen, dass Wachsamkeit gegenüber jeglicher Diskriminierung stets geboten ist.

Vereinbarkeit von Pflege und Beruf möglich machen

70 bis 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden in Österreich von Angehörigen betreut. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist schwierig, Unternehmen sehen Pflege als Privatangelegenheit – das sind nur einige Ergebnisse der Volkshilfe Studie „Carers' Careers“.

Die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege ist ein Thema, das Österreich auf Grund des demografischen Wandels in Zukunft massiv betreffen wird. Der Eintritt der Pflegebedürftigkeit von Familienangehörigen ist nicht unmittelbar vorhersehbar, ebenso wenig die Dauer und Entwicklung des Pflegebedarfs. In der Regel nimmt diese zu.



Franz Ferner: „Für die pflegenden Angehörigen bedarf es weiterer Entlastungsangebote“

Genauso, wie sich Unternehmen dem Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf annehmen, müssen sie dies künftig auch für die Vereinbarkeit für Pflege und Beruf tun. Die unternehmerische Mitverantwortung für die Vereinbarung von Beruf und Kinderbetreuung ist mittlerweile aufgrund der gesetzlichen Rahmenbedingungen nicht mehr von der Hand zu weisen. Dies trifft

noch keineswegs auf das Problem- und Handlungsfeld der Vereinbarkeit von Pflege und Beruf zu.

Fehlende Strukturen haben deutliche Folgen. „In unserem Land werden 70 bis 80 Prozent aller Pflege- und Betreuungsbedürftigen von ihren Angehörigen gepflegt, etwa ein Drittel davon ist berufstätig. Für diese Gruppe der pflegenden Angehörigen braucht es weiterhin Entlastungsangebote“, ist Franz Ferner, Geschäftsführer der Volkshilfe Steiermark, überzeugt. Pflege und Betreuung von Angehörigen ist meist eine sehr belastende Situation. Die Pflegesituation kann akut auftreten und die Betroffenen unvorbereitet treffen. „In einer solchen Ausnahmesituation führen fehlende Unterstützungsstrukturen zur Vereinbarung entweder zum Aufgeben der Erwerbstätigkeit oder der Pflegetätigkeit. Beide Alternativen haben einschneidende persönliche, gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Folgen.“

Problematik nur teilweise bekannt. Das Projekt „Carers' Careers – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf“, das vom Bundesministerium für Soziales und Konsumentenschutz gefördert und von der Volkshilfe gemeinsam mit vielen Partnern durchgeführt wurde, zeigt Problemfelder, aber auch Lösungsmöglichkeiten und Beispiele aus Unternehmen auf. Dafür wurden über 100 GeschäftsführerInnen und PersonalleiterInnen von Unternehmen befragt, über 30 von ihnen persönlich interviewt und mit 45 pflegenden Angehörigen Gespräche geführt. Für die Unternehmen war dies häufig der erste Kontakt mit dem Thema Pflege und Beruf sowie den damit einhergehenden Ansprüchen der eigenen Beschäftigten.

Vereinbarkeit kann betriebswirtschaftlichen Mehrwert mit sich bringen. Deutliches Ergebnis von „Carers' Careers“: Unternehmerische Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Pflege und Beruf stellen einen betriebswirtschaftlichen Mehrwert dar, der sich rechnet. Denn durch Fluktuation und



70 bis 80 Prozent der Pflegebedürftigen werden in Österreich von Angehörigen betreut. Die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf ist schwierig. Die Volkshilfe Steiermark fordert daher mehr Entlastungsangebote.

MitarbeiterInnenausfall entstehen Kosten, die durch entsprechende Maßnahmen und Angebote zumindest gesenkt oder teilweise vermieden werden können. In Zeiten von Facharbeitermangel, steigender Fluktuation und geringer Frauenerwerbsquote für manche Unternehmen ein zusätzliches strategisches Mittel, um am Markt bestehen zu können. Um über ausreichend qualifiziertes Personal zu verfügen und dadurch wettbewerbsfähig zu bleiben, müssen die Unternehmen Perspektiven für die privaten

setzlicher Ebene Aktivitäten gesetzt und das Thema schon stärker betrieblich verankert haben. „In Österreich wird die Vereinbarkeit einer Pflegeverpflichtung mit der gleichzeitigen Aufrechterhaltung der Berufstätigkeit zumeist als Privatangelegenheit gesehen, als individuelle Aufgabe, die von den Betroffenen selbst gelöst werden muss“, erklärt Gross die Problematik. „Das Recht auf flexible Arbeitszeitgestaltung sollte unbefristet sein. Um es für Unternehmen jedoch praktikabler zu gestalten ist eine 12-monatige Befristung mit der Möglichkeit um jeweilige 6-monatige Verlängerung denkbar.“

vor der Pflegeübernahme. Die Aufrechterhaltung der Berufstätigkeit bedeutet für pflegende Angehörige einerseits doppelte Erschwernis, andererseits ökonomische Sicherheit, aber auch Abstand und Entlastung von den emotional und psychisch belastenden Pflegezeiten.

Forderungen der Volkshilfe. Der Arbeitsplatz ist wichtig zur Aufrechterhaltung von Sozialkontakten, die nicht im Pflegeumfeld angesiedelt sind. Der gewohnten Arbeit nachzugehen, heißt für viele Betroffene Erfolgserlebnisse zu haben und normalen Lebensalltag zu erleben. „Daher verlangt die Volkshilfe, dass eine gesetzliche Möglichkeit zur Freistellung von der Arbeit für pflegende Angehörige für bis zu zehn Tagen geschaffen wird. In jedem Fall ist ein besonderer Kündigungsschutz für die betroffenen Personen einzurichten. Außerdem fordern wir Freistellungsmöglichkeiten, sogenannte Carererkarenz, inklusive Entgeltfortzahlung im Pflege- und Betreuungsfall, sowie die Übernahme von Arbeits-, Sozial- und Pensionsversicherung in Fällen, wo es keine Entgeltfortzahlung gibt“, erklärt Ferner abschließend.



Volkshilfe-Präsidentin Barbara Gross: „Im Betreuungsfall sollten flexible Arbeitszeiten möglich sein“

Herausforderungen ihrer MitarbeiterInnen entwickeln. „Nur allein das Recht, flexible Arbeitszeiten im Betreuungsfall zu beantragen, wäre für viele pflegende Angehörige schon ein großer Fortschritt und würde die oft unsicheren Vereinbarungen ersetzen“, erklärt 3. Landtagspräsidentin Barbara Gross, die ehrenamtliche Präsidentin der Volkshilfe Steiermark.

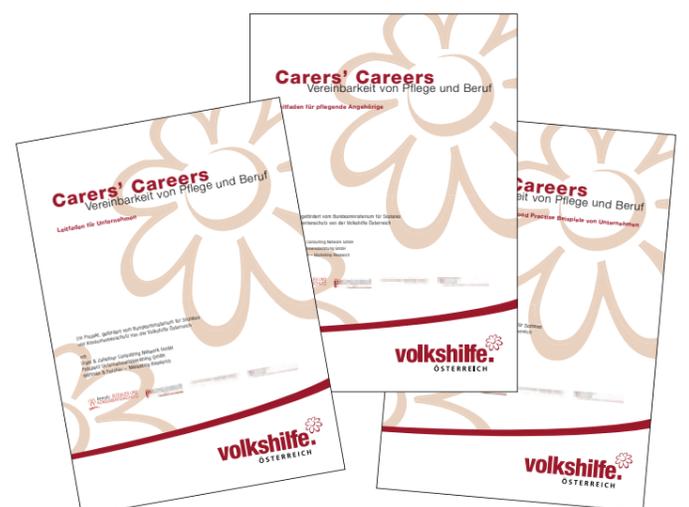
Internationale Vorbilder für Österreich. Entsprechende gesetzliche Regelungen gibt es beispielsweise in Großbritannien, Deutschland, den Niederlanden und den USA, die auf Unternehmens- und/oder ge-

www.volkshilfe.at

für industrie und banken millionen fix – für die pflege gibt es nix?

Pflegesicherung jetzt!

- schafft Arbeitsplätze
- sichert soziales Kapital in den Regionen
- belebt die Konjunktur
- entlastet die Gemeinden



Carers' Careers – Vereinbarkeit von Pflege und Beruf
Alle Broschüren zum Thema finden Sie unter www.volkshilfe.at zum Download.